

Das evangelische Magazin im Oldenburger Land



Keine „Nick-Vereine“ mehr

Über „Demokratie in der Kirche“ diskutierten Prof. Dr. Gerhard Wegner, die Kirchenälteste Dr. Kerstin Ebel und Synodenpräsidentin Sabine Blütchen.



Dokumentation: Synode und Parlament

Ein Vortrag von Bundespräsident
Gustav Heinemann von 1971



Kirche und Demokratie

Was durch Wahlen bewegt werden kann

Ich gehe zur Wahl ...

Vertreterinnen und Vertreter der oldenburgischen Kirche begründen ihre Teilnahme an der Bundestags- und Landtagswahl



„Darüber, dass Menschen sich nicht nur um sich selbst drehen, sondern für das Zusammenleben in der Gesellschaft engagieren, bin ich froh. Je nach politischer Orientierung und Werten will ich sie durch meine Wahl mit einem Mandat, einem Auftrag versehen. So können sie für eine bestimmte Zeit und Region die Verantwortung tragen, die ihnen das Wahlergebnis zugesteht. Ich kann mir als evangelischer Christ kein besseres Miteinander von Wählenden und Gewählten vorstellen als das der Demokratie.“
Bischof Jan Janssen



„Für mich ist das Wählen Pflicht für jede Bürgerin, für jeden Bürger. Die Auseinandersetzung mit Wahlprogrammen verbunden mit der Überlegung, welche Schwerpunkte aus meiner Sicht für die nächste Legislaturperiode Priorität haben könnten, bestimmen meine Wahl. Mit meinem Wahlkreuz lege ich viel Vertrauen in die Menschen, die in unserem Land Verantwortung übernehmen. Sympathie oder Emotionen versuche ich bei meiner Wahlentscheidung zu verdrängen.“
Oberkirchenrätin Annette-Christine Lenk



„Demokratie und Kirche – das ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Die evangelische Kirche hat sich lange damit schwer getan – sowohl im Blick auf den Staat als auch im Blick auf ihre eigene Verfassung. Um so wichtiger, dass Kirche heute ganz hinter dem demokratischen Prinzip steht. ‚Stellt euch vor, es ist Demokratie und keiner geht zur Wahl! – das wäre nicht nur eine vertane Chance, sondern stellte unsere schwer errungene Staatsform als solche in Frage.“
Oberkirchenrätin Dr. Susanne Teichmanis



„Unsere Demokratie ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hart erkämpft. Und sie ist erst Demokratie, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv an ihr beteiligen und sie mitgestalten. Zur Wahl gehen zu können, empfinde ich als Bürgerpflicht und Ehre. Eine Monarchie kommt notfalls ohne ihre Bürgerinnen und Bürger aus – eine Demokratie nicht!“
Kreisfarrerin Ulrike Hoffmann, Oldenburg



„In unserer demokratischen Grundordnung kann ich meinen Glauben frei und ungestört ausüben. Politiker nehmen sich Zeit für die Sorgen von Kirchengemeinden und setzen sich für die Anliegen von Christinnen und Christen ein. Die Kirche ist als gesellschaftliche Kraft anerkannt und kann das Zusammenleben in unserem Land in Kindergärten und Altenheimen, in der Notfallseelsorge, der Flüchtlingshilfe und vielen anderen Bereichen positiv mitgestalten. Dafür bin ich dankbar und das will ich nicht aufs Spiel setzen. Darum gehe ich zur Wahl!“
Kreispfarrer Christian Scheuer, Friesland-Wilhelmshaven



„Menschenwürde, Gleichheitsgrundsatz, Meinungs- und Religionsfreiheit – das sind nur einige, aber sehr wichtige Stichworte aus dem Grundgesetz. Diese Grundrechte prägen unser freiheitliches, demokratisches Land und es ist wichtig, dass diese Werte für alle Menschen, die in Deutschland leben, auch künftig gelten. Bitte setzen auch Sie sich dafür ein und nehmen Sie an der Landtags- und der Bundestagswahl teil!“
Synodenpräsidentin Sabine Blüthen



„Wählen gehen ist für mich Bürgerpflicht. Aus guten Gründen haben wir in Deutschland eine parlamentarische Demokratie, in der wir durch Ausübung unseres Wahlrechts die Möglichkeit zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung haben. Davon keinen Gebrauch zu machen, etwa aus pessimistischer Denkfaulheit oder gar fatalistischer Bequemlichkeit heraus, ist in meinen Augen fahrlässig und gefährdet langfristig Demokratie und Freiheit.“
Oberkirchenrat Detlef Mucks-Büker



„Ich gehe zur Wahl. Denn wer wählt, übernimmt Verantwortung für die Demokratie. Unsere Demokratie lebt von dieser Verantwortung. Wer nicht wählt, gefährdet die Demokratie. Und trifft so eine Entscheidung, die unser Gemeinwesen gefährdet.“
Pastor Olaf Grobleben, Beauftragter für Ethik und Weltanschauungsfragen



„Wahlen? Warum meckern, maulen, meiden, wenn man was machen kann?“
Kreispfarrer Michael Braun, Vechta



Kirchliche Gremien sind keine „Nick-Vereine“ mehr. Darüber waren sich Prof. Dr. Gerhard Wegner, die Kirchenälteste Dr. Kerstin Ebel und Synodenpräsidentin Sabine Blütchen einig, als sie über die „Demokratie in der Kirche“ diskutierten. Gemeinsam besprachen sie, wie Menschen für die kirchliche Gremienarbeit gewonnen werden können.

Mehr auf den Folgeseiten

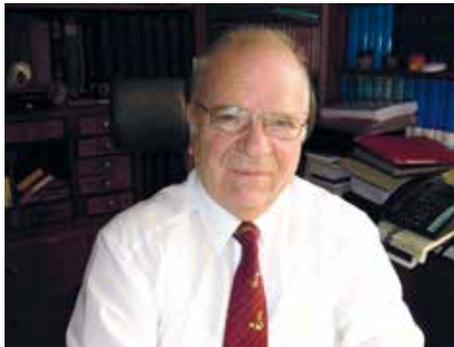
„kirchemitmir.de“, so lautet das Motto zur Gemeindekirchenratswahl im März kommenden Jahres. Eva Jung von der Agentur „gobasil“ berichtet in einem Interview über die Ziele der Kampagne, und mit Annemarie Cornelius und Bernd Napierala werden zwei Kirchenälteste vorgestellt, die sich für die Plakataktion zur Verfügung gestellt haben.

Mehr auf den Seiten 12 und 13



Erst die Verbindung von Rechtsstaat und Demokratie habe das Wort Demokratie geadelt, schreibt Prof. Richard Schröder in seinem „Zwischenruf“. Gleichzeitig warnt er, im Streit um die wahre Demokratie vor falschen Versprechungen von Demagogen bei Volksabstimmungen, bei denen man nur „ja“ oder „nein“ sagen könne.

Mehr auf den Seiten 19 bis 20



Editorial



*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

Die neue Ausgabe von „horizont E“ versucht einen großen Bogen zu schlagen: Von der Bundestagswahl, der niedersächsischen Landtagswahl bis hin zur Gemeindekirchenratswahl im März kommenden Jahres – überall wird gewählt. Freie Wahlen sind ein Ausdruck der Demokratie. Eine Chance, die wahrgenommen werden sollte, sowohl im Bund, im Land, als auch in der Kirche.

Deshalb ist das Verhältnis der Kirche zur Demokratie ein wesentlicher Baustein dieser Ausgabe. Neben aktuellen Beiträgen zum Thema dokumentieren wir auch einen Vortrag von Bundespräsident Gustav Heinemann zum Verhältnis von Synode und Parlament aus dem Jahr 1971. Ein Beitrag, der seine Aktualität bis heute nicht verloren hat.

Dagegen scheint die Gemeindekirchenratswahl im März 2018 noch in weiter Zukunft zu sein. Dennoch beginnen bereits jetzt die Vorbereitungen u.a. mit der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten in den Gemeinden. Darum stellt „horizont E“ die Kampagne „Kirche mit mir“ vor und beschreibt die verschiedenen Aufgaben und Chancen, die die ehrenamtliche Mitarbeit in den verschiedenen Gremien der Kirche bietet.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen – auch im Namen des Redaktionskreises – eine anregende, ermutigende Lektüre und vielleicht auch überraschende Entdeckungen.

Hans-Werner Kögel

Ihr Hans-Werner Kögel

Impressum



„horizont E“ ist das Magazin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. Es erscheint viermal pro Jahr im Einzugsgebiet der oldenburgischen Kirche.

Herausgeber:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg

Mitarbeiter:

Stephan Bohlen, Anke Brockmeyer, Peter Burkowski, Michael Eberstein, Klaus Fitschen, Dirk-Michael Grötzsch, Uwe Haring, Farina Hubl, Annette Kellin, Kerstin Kempermann, Hans-Werner Kögel, Annette-Christine Lenk, Carsten Möhlenbrock, Kerstin Richter, Bärbel Romey, Bernd Rüger, Richard Schröder und Beatrix Schulte.

Bildnachweise:

Stephan Bohlen, Anke Brockmeyer, Bundesarchiv/Berlin, ejo, EKD, fdp-fraktion-nds.de, gobasil, Dirk-Michael Grötzsch, Uwe Haring, Thiemo Jentsch, Annette Kellin, Kerstin Kempermann, Hans-Werner Kögel, Rainer Christian Kurzeder, Thomas Meyer, Johannes Neukirch, pixabay.com, Bärbel Romey, Jens Schulze, Richard Schröder, Beatrix

Schulte, spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke), Konrad Tempel sowie Privatfotos und public domains.

Grafik Panorama: Ute Packmohr

Titel: Andrea Horn, Jens Schulze

Gestaltung: ah!design, Andrea Horn, Hannover

Anschrift:

„horizont E“

Philosophenweg 1

26121 Oldenburg,

presse@kirche-oldenburg.de

www.kirche-oldenburg.de

Druck:

Sachsendruck Plauen GmbH

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Aus dem Inhalt

Im Gespräch	Seite 04
Von Nähe, Nische und Distanz	Seite 07
Demokratie in der Kirche	Seite 09
Auf der anderen Seite des Weges ...	Seite 10
Macht Werbung für die gute Sache	Seite 11
Wie wird gewählt?	Seite 14
Wer entscheidet was?	Seite 15
Ärger müsste sich gegen uns richten	Seite 23
Denk ich an die Wahl in der Nacht ...	Seite 24
Aus den Regionen	Seite 25

Keine „Nick-Vereine“ mehr

Gesprächsrunde über „Demokratie in der Kirche“

Lieber Einmütigkeit als Überstimmen, besser Kompromiss als Konflikt – das sind Erfahrungen, die Sabine Blütchen und Dr. Kerstin Ebel beim Mitgestalten der Kirche in Oldenburg gemacht haben. „Bei uns diskutieren manchmal bei Gemeindegemeinderatsitzungen bis zu 30 Personen mit, da kann es keine Einheitsmeinung geben“, sagt Synodenpräsidentin Blütchen. Und Kerstin Ebel, Vorsitzende des Gemeindebezirksausschusses Christuskirche der Ev.-luth. Kirchengemeinde Oldenburg, betont, es werde niemand zu einem Konsens gezwungen. „Lieber diskutieren wir länger, um einen Kompromiss zu finden.“

Prof. Dr. Gerhard Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (SI), kommt bei der Diskussion mit den beiden ehrenamtlich kirchenleitenden Frauen ins Grübeln, ob diese Diskussionsbereitschaft nicht auch eine negative Seite habe. „Seit den 1990-er Jahren hat es in der Kirche einen Wandel gegeben. Früher war die Orientierungsbereitschaft größer und in den Gemeindegremien wurde eher der Linie des Pastors gefolgt. Vor allem in der Glaubensauslegung hatte er ein Monopol.“ Das werde heute „nicht einmal mehr dem Bischof“ zugebilligt. Wegner verweist auf die geringeren

Austrittszahlen der katholischen Kirche, die vermutlich auch mit den strengeren Strukturen zusammenhängen. „Dort würde niemand auf die Idee kommen, Glaubensfragen zu diskutieren. Das ist Sache des Bischofs.“ Eine Ursache der Veränderung könne die zunehmende Zahl von Pfarrerrinnen sein, mutmaßt der Sozialwissenschaftler. Sie zeigten sich offener für Diskussionen und ließen sich und ihre Arbeit eher hinterfragen.

Das Selbstbewusstsein ist gewachsen

Sabine Blütchen führt den Wandel mehr auf die gesellschaftlichen Veränderun-



von links: Prof. Dr. Gerhard Wegner, Dr. Kerstin Ebel, Sabine Blütchen

gen nach den so genannten 68er-Jahren zurück. „Die hatten auch Einfluss auf die Kirchen. Das Selbstbewusstsein ihrer Mitglieder wuchs ebenso wie ihr Partizipationswunsch.“ In der Kirche in Oldenburg seien die Synode und auch die Kreissynoden generell zu zwei Dritteln mit Ehrenamtlichen besetzt, „die engagiert ihre Meinung dann auch vertreten.“

Ihr sei das Mitwirken in ihrer Kirche sehr wichtig, sagt Kerstin Ebel. „Ich kann es mir gar nicht anders vorstellen – und auch nicht nur projektbezogen, sondern dauerhaft.“ Selbst wenn sie nicht mehr im Gemeindegemeinderat mitwirken könnte, würde sie gern eine andere Aufgabe übernehmen und Verantwortung übernehmen. „Es wäre schade, wenn ich diese Erfahrungen nicht mehr machen könnte.“ Vor allem, weil die kirchlichen Gremien nicht mehr „diese Nick-Vereinigungen vergangener Jahrzehnte“ seien.

Vorbehalte, aber kein Misstrauen

Professor Wegner erinnert daran, dass die Strukturen nicht in allen Landeskirchen so demokratisch seien. „Da haben Ortsgemeinden wenig zu entscheiden.“ So könne etwa die Kirchenleitung in Hannover Gemeinden auflösen oder zwangsweise zusammenlegen. Das sorge für wenig demokratische Strukturen. Vor allem in ostdeutschen Kirchen sei das Misstrauen gegenüber der Kirchenverwaltung noch sehr groß, „vermutlich ein Erbe des alten Staatskirchenverständnisses“.

Vorbehalte, so räumt Sabine Blütchen ein, gebe es gegen die Verwaltung auch in Oldenburg, „doch kein Misstrauen“. Amtsvorbehalte liegen ihrer Meinung nach „in der Natur der Sache“. Kerstin Ebel unterstützt sie: „Ich wage zu bezweifeln, dass sich daran noch einmal etwas grundlegend ändert.“ Begeisterung würden Verwaltungen wohl nie ernten. „Die Wege sind ja auch meist lang und kompliziert“, erklärt die Synodenpräsidentin, um gleichzeitig zu loben, dass immerhin der Dienstleistungsgedanke gewachsen sei. SI-Direktor Wegner hält dagegen; sein Eindruck sei, dass der Dienstleistungsgedanke eher wieder abgenommen habe. Und die kürzlich eingeführte Haushaltsstruktur Doppik habe den Verwaltungen ein neues Steu-

erungsinstrument in die Hand gegeben. Dort würden von der Verwaltung Ziele formuliert, die von den Gemeinden und Kirchenkreisen zu erfüllen seien.

„Ihre“ Kirche mitgestalten

Alle drei Gesprächspartner sind durch positive Erfahrungen in der Jugend zur Kirche gekommen. Dr. Kerstin Ebel und Sabine Blütchen haben als junge Frauen daran in Ehrenämtern angeknüpft, während Prof. Wegner als Jugendlicher von der vielfältigen Arbeit seines Pastors und dem Leben im Pfarrhaushalt so begeistert war, dass er sich für den Pfarrberuf entschieden hat. Bei allen aber gab es den Gedanken, „ihre“ Kirche mitgestalten zu wollen. Dass es dabei auch Hürden zu überwinden gab, macht Kerstin Ebel an einem Beispiel aus den ersten Jahren im Gemeindegemeinderat deutlich. Als es darum ging, eine neue große Kaffeemaschine anzuschaffen, bekam sie den Auftrag, nach dem besten Modell zu suchen. Aber als sie in der Sitzung die Vor- und Nachteile der Geräte vorgestellt hatte, habe ein älteres Gemeindegemeinderatsmitglied ihr bedeutet: „Aber wir kaufen doch immer bei Firma X; das ist ein alter Freund von mir.“ Die beiden Pastoren hätten sich dann „diplomatisch enthalten“. In ihr jedoch habe es den Kampfeswillen geweckt.

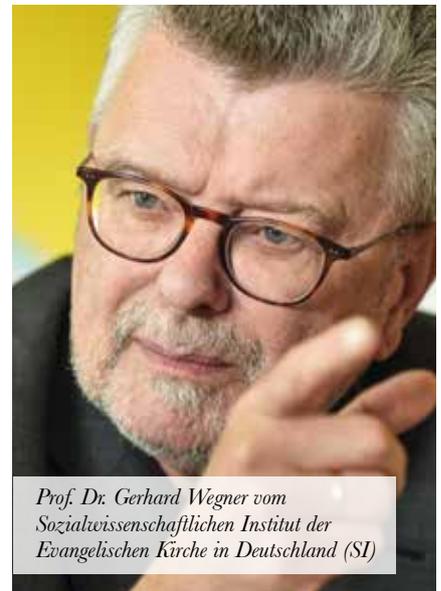
Synodenpräsidentin Blütchen schüttelt den Kopf. „Ich glaube, wenn mir das geschehen wäre, säße ich heute nicht hier.“ Sie habe aber immer das Glück gehabt, reizvolle Phasen zu erwischen, in denen Neues ausprobiert werden sollte. „Da konnte ich dann mitgestalten.“ Ein „Das haben wir schon immer so gemacht“ sei mit ihr nicht zu machen, wohl aber könne sie gut ertragen, wenn jemand auf die Erfahrungen hinweise und gut begründe.

„Hier ist nicht das Volk, sondern Gott der Souverän“

Die jüngste Entscheidung im Bundestag über die „Ehe für alle“ habe ihr noch einmal vor Augen geführt, dass es in der großen Politik auch nicht unbedingt demokratisch zugehe, sagt Kerstin Ebel. „Als die Kanzlerin erklärte, in dieser Frage sei der Fraktionszwang aufgehoben und jeder könne nach seinem Gewissen entscheiden, war mein Demokratieverständnis erschüttert. So etwas kenne ich aus meinen Kirchengremien nicht.“



Dr. Kerstin Ebel, Vorsitzende des Gemeindebezirksausschusses Christuskirche der Ev.-luth. Kirchengemeinde Oldenburg



Prof. Dr. Gerhard Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (SI)



Synodenpräsidentin Sabine Blütchen



Sabine Blütchen erklärt, Demokratie sei eine Staatsform, in der alle Gewalt vom Volk ausgehe. Das sei mit der Kirche nicht zu vergleichen. „Hier ist nicht das Volk, sondern Gott der Souverän.“ Gleichwohl nutze die Kirche demokratische Strukturen; sie sei freiheitlich und partizipativ. Aber die Kirchenältesten würden auf das Evangelium verpflichtet. Und die Kirche habe auch nicht die Aufgabe, das Hab und Gut ihrer Mitglieder zu schützen, sondern das Evangelium zu verkünden. „Dabei ist es gut, dass Haupt- und Ehrenamtliche dieselben Rechte haben.“

„Aber was haben wir von einer demokratischen Struktur, wenn die Wahlbeteiligung nur bei zehn bis fünfzehn Prozent liegt?“, wagt Professor Wegner in den Raum zu stellen. „Bei einer solchen Wahlbeteiligung könnte der Staat die Demokratie ad acta legen.“ Er spreche daher in der Kirche nur von einer „Demokratie der Engagierten und Hochverbundenen“. Es redeten und entschieden nur diejenigen, die schon immer dabei waren. Dabei sagten noch immer 45 Prozent der Deutschen, sie fühlten sich „ihrer Kirche“ verbunden, hätten aber die Einstellung, die Kirche habe es schon immer gegeben und es werde sie auch immer weiter geben. „Wie kriegen wir diese Menschen zur Wahl?“ Kerstin Ebel zeigt sich überzeugt, dass sie nur richtig angesprochen werden müssten.



Raum, in dem Ängste angesprochen werden könnten

Einig sind sich die drei Diskutanten in der Einschätzung, dass in der Flüchtlingsfrage die Kirche einen Teil ihrer Mitglieder aus den Augen verloren habe. „30 Prozent unterstützen die Willkommenskultur“, berichtet Professor Wegner aus einer Befragung. Aber ebenso viele seien dagegen und hätten Ängste. „Und die haben wir nicht im Blick.“ Sie würden der AfD zugetrieben, meint Wegner. Hier müsse die Kirche Defizite aufarbeiten, zumal Kirche sich immer als Raum darstelle, in dem Ängste angesprochen werden könnten.

Sabine Blütchen sieht darin keine Aufgabe für die ganze Kirche oder die EKD, sondern für die Gemeinde. Hier könne die Frage angesprochen und dis-

kutiert werden: Was macht das mit mir und den Lebensbedingungen meiner Kinder? Kerstin Ebel ist beim sonntäglichen Kirchen-Tee durchaus schon auf diese Themen gestoßen.

Die Empfehlung der drei lautete: unbedingt die Sorgen dieser Menschen ernst nehmen, mit ihnen das Gespräch suchen, aber beenden, wenn von ihnen Nazisprüche oder Fremdenfeindliches komme. „Das wäre auch eine Lösung beim Kirchentag gewesen“, fügt Wegner hinzu.

Wie Menschen gewonnen werden können

Abschließend suchen die drei noch nach Möglichkeiten, mehr Menschen für die Mitarbeit in Gemeindekirchenräten oder ähnlichen kirchlichen Gremien zu gewinnen, sie zumindest aber zur Wahl zu bringen, um ein repräsentativeres Ergebnis zu erzielen. Eine Patentlösung gebe es nicht, zumal es nicht so leicht sei, jemanden zu finden, der die Zeit aufbringen könne. „Welcher Berufstätige kann schon um 16.00 Uhr zu einer Sitzung kommen? Und wer hat zweimal im Jahr zwei Arbeitstage Zeit für Synodentagungen?“, fragt Blütchen.

Dabei sei eine bessere gesellschaftliche Durchmischung wünschenswert. In der EKD-Synode, so Professor Wegner, seien die Hälfte Kirchenmitarbeitende und ein weiteres Viertel Angehörige von Kirchenmitarbeitenden. In manchen Landeskirchen sei sogar die Zahl der Pastoren in der Synode vorgeschrieben.

Ein Potenzial für mögliche neue Aktive sieht Wegner in den Eltern der Kindergarten-Kinder. Sie brächten „eine frische Sicht von außen“ mit. Vor allem aber „müssen wir an die kirchliche Sozialisation der Kinder denken.“ „Aber auch an die ihrer Eltern“, fügte Sabine Blütchen hinzu. Wie Kerstin Ebel wünscht sie sich Menschen, die wissen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen. Menschen, die Positionen haben und sie vertreten können – egal, ob sie in jeder Sitzung etwas beizutragen haben oder nur bei jedem dritten Thema die entscheidenden Impulse setzen.

Das Gespräch wurde moderiert und aufgezeichnet von Michael Eberstein.



Von Nähe, Nische und Distanz

Ein historischer Blick auf das Verhältnis der evangelischen Kirche zu Politik und Demokratie

Kirche und Demokratie

Die evangelische Kirche hat in ihren landeskirchlichen Ausprägungen, aber auch in den traditionellen Freikirchen, immer in engen Wechselwirkungen mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestanden. Das Verhältnis von Kirche und Demokratie lässt sich nur im Rahmen dieser Wechselwirkungen beschreiben.

Herausforderungen im 19. Jahrhundert

Die Pfarrerschaft verhielt sich im 19. Jahrhundert staatstragend und obrigkeitstreu. Ausnahmen gab es allerdings, wie sich im revolutionären Aufbruch des Jahres 1848 zeigte: Einzelne Pfarrer engagierten sich in der demokratischen Bewegung. Mit der Gründung des Kaiserreiches bildeten sich die unterschiedlichen Milieus im Protestantismus auch in politischen Lagerzugehörigkeiten ab: Das protestantische Bürgertum verstand sich als konservativ oder in kleineren Teilen auch als liberal. Die meisten evangelischen Christinnen und Christen freilich waren Arbeiterinnen und Arbeiter und wählten die SPD, die ebenso kirchenfeindlich war wie die Kirche SPD-feindlich.

Verweigerung angesichts der Weimarer Republik

Der „offizielle“ Protestantismus, also die Kirchenleitungen und die Pfarrerschaft, hatte die Kriegseuphorie des Jahres 1914 mitgetragen und stand 1918 mit der Niederlage und dem Ende der Monarchien vor einem Scherbenhaufen. Die Novemberrevolution mit ihren kirchenfeindlichen Anteilen schien vor Augen zu führen, was man von den politischen Veränderungen zu halten hatte.

Grundsätzlich verhielt man sich distanziert gegenüber Demokratie und Republik. Man wollte über den Parteien stehen, was faktisch bedeutete, dass man in einer konservativen und nationalistischen Haltung verharrte. Weit verbreitet

war eine (nicht auf evangelisch-kirchliche Kreise beschränkte) Ablehnung der Demokratie, die man als „abstrakt“ oder als der natürlichen Ordnung nicht entsprechende „Zirkel- und Linealdemokratie“ verunglimpfte und der man einen „natürlichen“ Volkswillen gegenüberstellte. Die Ablehnung demokratischer Debatten paarte sich mit der Ablehnung der „Lügenpresse“. Ein kleiner, liberaler Teil des protestantischen Bürgertums engagierte sich für die Weimarer Demokratie, konnte aber den Weg der Kirche insgesamt nicht beeinflussen.

1933 schien der von den Gegnern der Weimarer Demokratie erhoffte „starke Mann“ gekommen zu sein. Widerspruch oder gar Widerstand gegen den Nationalsozialismus als politisches System gab es von evangelisch-kirchlicher Seite kaum, nur eine innerkirchliche Opposition.

Evangelische Kirche und Demokratie in der Bundesrepublik

Die zunehmende Akzeptanz und Unterstützung des demokratischen Systems in der evangelischen Kirche nach 1945 hatte ihren Grund auch darin, dass sich die Zentrumsparterie von einer katholischen Milieuparterie zu einer christlichen Volkspartei weiterentwickelte, die als CDU eine „Union“ von Katholiken und Protestanten darstellen sollte. Damit konnten konservative Protestantinnen und Protestanten in der Parteienlandschaft eine Heimat finden. Die SPD wiederum öffnete sich nach 1945 für engagierte Christinnen und Christen und bekannte sich 1959 in ihrem Grundsatzzprogramm zu einer „freien Partnerschaft“ gegenüber den Kirchen.

Diese politischen Öffnungen für eine evangelische Wählerschaft trafen sich mit einer Politisierung eben dieser Wählerschaft, die vor allem eine Folge der großen friedenspolitischen Debatten der 1950er Jahre war, in denen es um die Wiederaufstellung einer deutschen Armee



Zur Person

Seit 2002 ist Prof. Dr. Klaus Fitschen als Professor für Kirchengeschichte (insb. Neuere und Neueste Kirchengeschichte) an der Universität Leipzig tätig. 1961 in Scheeßel (Niedersachsen) geboren, studierte Fitschen Ev. Theologie in Heidelberg, München und Kiel. Im Anschluss arbeitete er an seiner Dissertation (1987–1989) und absolvierte die Vikarsausbildung in Nürnberg (1990–1992). Von 1992 bis 2002 war Fitschen an der Theologischen Fakultät in Kiel als Assistent und Oberassistent tätig. In dieser Zeit (1996) erfolgte die Habilitation. An der Theologischen Fakultät in Leipzig war er Studiendekan (2007–2008), Prodekan (2008–2010) und Dekan (2010–2013). Fitschen ist u.a. Mitglied der Kommission der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte sowie der Expert_innen-gruppe Theologie der Diaspora der Gemeinschaft Ev. Kirchen in Europa.



Ostermarsch 1960 von Hamburg nach Bergen-Hohne. Andere Sternmarsch-Gruppen kamen von Bremen, Braunschweig und Hannover.



Das Plakat von 1982, mit dem noch heute zum Friedensgebet in der Nikolaikirche Leipzig eingeladen wird.



Mit Kerzen unterstrichen die Teilnehmenden des Schweigemarsches, der in der Leipziger Nikolaikirche begann, vor dem Rathaus am 9. November 1989 ihre friedlichen Forderungen.

und die um die Ausrüstung dieser Armee mit Atomwaffen ging. Die Lust am demokratischen Streit, auch außerhalb der Parlamente, wurde nun allmählich in Kirchenkreisen wach und intensivierte sich noch in den diskussionsfreudigen 1960er und 1970er Jahren. Offizielle kirchliche Äußerungen wie die „Demokratiedenkschrift“ der EKD von 1985 formulierten dann eine politische Ethik, die ein deutliches „Ja“ zur Demokratie beinhaltet. Viel wichtiger als das aber war und ist das anhaltende politische Engagement von Christinnen und Christen in den demokratischen Parteien.

Kirche als demokratische Nische in der DDR

Nachdem sich die kommunistische Diktatur in der DDR in den 1950er Jahren etabliert hatte, schien eine Veränderung des politischen Systems bis zum Herbst 1989 unmöglich. Die Kirche war die einzige Größe, die vom staatlichen Zugriff einigermaßen frei war, auch wenn sie vom Staat argwöhnisch beobachtet und bedrängt wurde. In Kirchenvorständen und Synoden waren freie Debatten möglich, in christlichen Familien konnte frei geredet werden, sofern man den Kindern beibrachte, in der Öffentlichkeit und vor allem in der Schule dem Staat nach dem Mund zu reden. Zwar war die „Friedliche Revolution“ kein alleiniges Werk der Christinnen und Christen in der DDR, viele Christinnen und Christen wie auch offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Kirche aber konnten ihre Erfahrungen mit innerkirchlicher Demokratie auf den politischen Neuaufbau anwenden.

Demokratisierung in der Kirche

Während im reformierten Bereich Presbyterien und Synoden schon eine lange Tradition hatten, wurden diese in lutherischen Gebieten erst im Laufe des 19. Jahrhunderts eingeführt. Der preussische Staat hatte 1835 die presbyterial-synodale Tradition in dem von ihm annektierten Rheinland und Westfalen akzeptieren müssen – 99 Jahre später spielte diese Form kirchlicher Selbstorganisation bei der staatsunabhängigen Bekenntnissynode von Barmen eine entscheidende Rolle. Die Wahl von Synoden war zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein innerkirchliches Reformprojekt gewesen, das dem Staat als zu demokratisch galt.

Im späteren 19. Jahrhundert aber wurde die Einrichtung von Synoden und Kirchenvorständen samt der Einführung der Kirchensteuer zu einem staatlich gewünschten Instrument, um die Kirche angesichts konfessioneller Pluralisierung und Säkularisierung wenigstens etwas vom Staat zu verselbständigen. Das sollte sich nach 1918 positiv auswirken, als die evangelischen Landeskirchen aus den Verwaltungen der deutschen Einzelstaaten ausgegliedert wurden. Die Synoden beschlossen nun Kirchenverfassungen und wählten Bischöfe oder andere geistliche Leitungspersonen.

In der Zeit des Nationalsozialismus erschütterten Kämpfe um die Organisation die evangelischen Landeskirchen und die Reichskirche (die Vorläuferin der EKD). Bei den Wahlen zu den Kirchenvorständen im Sommer 1933 hatte die NSDAP die Kandidaten der „Deutschen Christen“ unterstützt (die wenigen Frauen, die es in Kirchenvorständen gab, wurden meistens nicht wiedergewählt) und damit auch die Wahl der Synoden beeinflusst, die nun oft willfährig im Sinne der nationalsozialistischen Kirchenpolitik handelten. Die freien Synoden, die auf Reichsebene oder in den Landeskirchen tagten, waren ein Protest dagegen.

Im Zuge der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik kam die Demokratie auch in der Kirche an, und in den späten 1960er und 1970er Jahren spielten politische Themen – z.B. der Bau von Kernkraftwerken – verstärkt in kirchlichen Gremien eine Rolle. Damit verbunden war spätestens seit den 1980er Jahren die Einübung einer geschlechterfairen Sprache und einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an kirchlichen Entscheidungen. Dass demokratische Debatten notwendigerweise auch zu Kompromissen führen müssen, wurde freilich nicht immer gern gesehen und als „Zerreden“ beklagt. Die Berufung auf das „Wächteramt“ der Kirche wurde hier und da zu einer Haltung, die gar nicht mehr nach der Wirkung und Vermittelbarkeit der eigenen Meinung fragte und religiöse Wahrheitsbehauptungen mit politischen Positionierungen vermischte. Wer aber gehört werden will, muss auch andere hören.

Prof. Dr. Klaus Fritschen

Demokratie in der Kirche

Die Leitung in der evangelischen Kirche wird im Plural wahrgenommen

Ist die Kirche demokratisch? Diese Frage klingt überflüssig, wenn man die vielfältigen Beteiligungsformen und Diskussionen in Gemeindeleitungen, Ausschüssen, Arbeitskreisen und Synoden wahrnimmt. Regelmäßig finden Wahlen statt, in denen alle Gemeindeglieder die Ältesten des Kirchenrats ihrer Gemeinde wählen können. Synoden wählen Bischöfe. Gemeindeleitungen treffen Entscheidungen über das Personal im Kindergarten oder Aktionen für die Jugendlichen.

Kirche „von unten nach oben“

Der Aufbau der evangelischen Kirche vollzieht sich „von unten nach oben“, und in der evangelischen Kirche wird Leitung in der Regel im Plural wahrgenommen. Wesentliche Entscheidungen werden immer in Gremien und Organen getroffen, deren Zusammensetzung nach Regionen, Prägung, Geschlecht und ehrenamtlichen Anteilen festgelegt sind.

Den tieferen Grund dafür finden wir in Luthers Wort vom „Priestertum aller Getauften“ (vgl. 1. Petrus 2, 9). Weil alle Menschen aus Glauben frei und vor Gott gleich sind, soll es auch keine Unterschiede in der Beteiligung geben. Und bereits 1571 stellte die Synode von Emden fest: „Keine Gemeinde soll über andere Gemeinden, kein Pastor über andere Pastoren, kein Ältester über andere Älteste, kein Diakon über andere Diakone den Vorrang oder die Herrschaft beanspruchen.“

Obwohl Luther und seine Zeit von demokratischen Prinzipien und Gesellschaftsbildern weit entfernt waren, klingen hier bereits die Grundlagen späterer demokratischer Verfassungen an: die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, freien Wahlen, in denen die Macht vom Volk ausgeht, Würde und Freiheit des Menschen und die Begrenzung jeder Herrschaft.

Verantwortung für Nächsten

Von einem solchen Grundprinzip der Freiheitssicherung der Bürgerinnen und

Bürger unterscheidet sich die Kirche durch ihren Auftrag. Der Mensch ist aus Glauben frei und steht zugleich in der Verantwortung für den Nächsten, in der Gemeinde und in der Welt. Die Leitung in der Kirche hat zum Ziel, die Gemeinschaft der Gläubigen für die Verwirklichung des Auftrags handlungsfähig zu machen, damit die befreiende Kraft des Glaubens die Menschen erreichen kann. Deshalb beginnt die Kirchenverfassung der oldenburgischen Kirche auch mit dem Satz: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg gründet sich auf das in der ganzen Heiligen Schrift bezeugte Evangelium von Jesus Christus, ihrem alleinigen Herrn.“ Hierauf soll alles Handeln und Leiten ausgerichtet sein.

In fünf Jahrhunderten haben sich Grundsätze über die Leitung in der Kirche entwickelt, damit die „sichtbare Kirche“ auf die „gegläubte Kirche“ bezogen bleibt. Bei aller Unterschiedlichkeit in den Kirchenverfassungen können drei Grundlinien beschrieben werden:

- Die Kirche baut sich in ihrer Ordnung von der Gemeinde her auf.
- Die Leitung der Kirche liegt auf der Ebene der Gemeinde bei gewählten Gemeindegliedern, auf der kreis- und landeskirchlichen Ebene bei den Synoden.
- In den Leitungsorganen unserer Kirche wirken auf allen Ebenen Ordinierte und Kirchenälteste gleichberechtigt zusammen.

Schwierig wird es immer, wenn eine Ebene der Kirche Entscheidungen einer anderen Ebene mitbestimmen möchte. Insofern ist die evangelische Art zu leiten eine besonders anspruchsvolle und verantwortliche Aufgabe, die auf jeder Ebene in eigener Verantwortung geschieht. Deshalb werden Transparenz und Kommunikation für die Leitung auf allen Ebenen immer wichtiger.

Pfarrer Peter Burkowski



Zur Person

Peter Burkowski, geboren 1958, ist Geschäftsführer der Führungsakademie für Kirche und Diakonie in Berlin. Nach seinem Studium der Ev. Theologie und Pädagogik war er von 1985 bis 1996 Gemeindepfarrer in Marl und von 1996 bis 2012 Superintendent des Ev. Kirchenkreises Recklinghausen. Seit 1998 war Peter Burkowski an den Reformprozessen der Ev. Kirche von Westfalen und der EKD beteiligt. Von 2004 bis 2012 war er Mitglied der Kirchenleitung der Ev. Kirche von Westfalen und seit 2012 Lehrbeauftragter an der Theologischen Fakultät der Humboldt Universität Berlin. Von 2012 bis 2014 war Peter Burkowski Vorstand der Führungsakademie für Kirche und Diakonie gAG, dessen Geschäftsführung er 2014 übernahm.

Auf der anderen Seite des Weges ...

Ein Blick auf den Wahlmodus in der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK)



Zur Person

Kerstin Richter ist Leiterin der Arbeitsstelle für Supervision und Gemeindeberatung der Bremischen Evangelischen Kirche. Davor war sie acht Jahre als Organisationsentwicklerin in unterschiedlichen Feldern der hannoverschen Landeskirche tätig und sammelte sieben Jahre lang Erfahrung als selbstständige Beraterin in Wirtschaft und Politik. Kerstin Richter ist gelernte Industriekauffrau, Politologin und Literaturwissenschaftlerin mit Zusatzqualifikationen in Psychodrama, Organisationsentwicklung und Mediation.

Oldenburg im Sommer 2017: Die Gemeindekirchenratswahlen stehen vor der Tür. Kampagnen starten, unterstützendes Material wird entwickelt, Zeitpläne werden veröffentlicht. Und dann die bange Frage: Wie finden wir genügend Menschen, die sich zur Wahl stellen? Alle sechs Jahre ähneln sich die Überlegungen auf: Muss denn die Amtszeit so lang sein? Ist denn dieser ganze Aufwand für die Wahl nicht zu groß? Wären nicht andere Wahlsysteme vielleicht attraktiver?

Bremen im Sommer 2017: Für 14 von 61 Gemeinden der BEK stellen sich ähnliche Fragen. Sie gehören dem Lutherischen Gemeindeverband an und so gilt für diese Gemeinden die Kirchengemeindeordnung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Eine gemeinsame Kirchengemeindeordnung für alle Gemeinden der BEK existiert nicht. Daher wählen die 14 Gemeinden ebenfalls am 11. März 2018 ihre Kirchenvorstände. Die anderen 47 bremischen Kirchengemeinden wählen zu anderen Zeitpunkten, sie wählen zum Teil andere Gremien und sie wählen anders.

Von erfahrenen Vorständen profitieren In Bremen lassen sich drei Varianten des Gemeindeaufbaus identifizieren: zweistufig (Kirchenvorstand und Gemeindeversammlung), dreistufig (Kirchenvorstand, Gemeindevertretung und Gemeindeversammlung) sowie vierstufig (Bauherrengremium, Kirchenvorstand, Gemeindevertretung oder Konvent sowie Gemeindeversammlung). Die jeweiligen Bestimmungen werden in den einzelnen Gemeindeordnungen festgelegt. Einige Kirchenvorstände werden je zur Hälfte alle drei Jahre gewählt – dieses System gewährleistet, dass im Kirchenvorstand immer Erfahrene sind, die die neuen Mitglieder mitnehmen können. In anderen Gemeinden wird, wie in Oldenburg, das komplette Gremium alle sechs Jahre gewählt.

Diese Vielfalt und Eigenständigkeit der Gemeinden passt zu Bremen und zur Geschichte der BEK.

Aus den benachbarten Kirchen erreichen mich dazu unterschiedliche Reaktionen. Einerseits ungläubige Nachfragen nach dem Motto „Und das funktioniert?“. Andererseits erlebe ich auch großes Interesse an einem der hier vorfindlichen Wahlverfahren, denn in manchen Bremischen Kirchengemeinden wird der Kirchenvorstand im Rahmen der Gemeindeversammlung oder auch des Konvents gewählt. Das klingt ja hübsch einfach: Wer kommt wählt. Ein Tag und alles ist erledigt.

Ganz so ist es natürlich nicht: Selbstverständlich sind auch hier vorab Fristen einzuhalten, die Wählerlisten aufzustellen, auszulegen und zu korrigieren, denn nur wer darin auftaucht, darf am Wahltag auch wählen. Der Wahlaufsatz ist ebenfalls zu beschließen. Zum Teil ist Briefwahl zugelassen, in anderen Gemeinden nicht. Und natürlich ändert das Verfahren nichts daran, ob und wie es gelingt, engagierte Menschen zu finden, die sich zur Wahl stellen.

Große Aufmerksamkeit fehlt

In Bremen höre ich ebenfalls unterschiedliche Stimmen: Vielerorts sei ein vereinheitlichtes Wahlverfahren unvorstellbar in der BEK. Die Entscheidungshoheit – auch über den Aufwand bei Wahlen – gehöre natürlich zur Gemeinde. Andere sagen jedoch: „Wir bekommen hier nie wirklich große Aufmerksamkeit für die Kirchenvorstandswahlen. In anderen Landeskirchen dagegen geht ein richtiger Ruck durch die gesamte Kirche und die Medien reagieren auch viel stärker.“ Auch die geballte Unterstützung mit Materialien finden manche in Bremen beneidenswert. Da blitzt es dann auf, das grüne und saftige Gras auf der anderen Seite des Weges.

Kerstin Richter

Macht Werbung für die gute Sache

Interview mit Eva Jung von der Agentur „gobasil“

Was ist für Sie der Schwerpunkt der Kampagne „kirchemitmir.de“?

Der Dreh- und Angelpunkt der Kampagne ist das Wort „MIT.“ „MIT“ – sagt mehr als nur „dabei sein“. „MIT“ steht für: Gemeinschaft, Einbringen, Teilen, Integration, Vielfalt, Engagement, Motivation, Förderung, Rückhalt, Anteilnahme, Netzwerk, Teilhabe, Hilfe, Aktivität, Unterstützung, Begeisterung, Interesse, Schritthalten, Begleiten, Konsens ... „MIT“ ist der Inbegriff von Demokratie, Wahl und Beteiligung.

Was möchte die Kampagne erreichen?

Sie soll Menschen zum Mitmachen motivieren, die Sinnhaftigkeit von kirchlichem Ehrenamt vermitteln und bestenfalls Ideen anregen, dass und wo und wie Menschen sich einbringen können. Die Formulierung „Kirche mit mir“ schafft mit viel Charme, Menschen einzubinden, weil sie die Mitglieder da verortet, wo sie bereits sind. Die Kampagne schafft ein Bewusstsein dafür, was Fakt ist: Du bist Mitglied. Wir nehmen dich ernst. Mit deiner Wahlbeteiligung nimmst du aktiv an der Gestaltung deiner Kirche teil.

Wie sind Sie auf das Motto der Kampagne gekommen?

Beim Studieren der Unterlagen der Ausschreibung sind wir auf den Satz gestoßen: „Durch die Mitarbeit im Leitungsgremium können die Mitglieder das Erscheinungsbild von Kirche vor Ort entscheidend mitbestimmen und insgesamt etwas Positives für den eigenen Ort/Stadtteil bewirken.“ Uns fiel auf, dass in diesem Satz dreimal MIT vorkommt. MIT ist ein tolles Wort, weil es kurz ist, viel aussagt und zu Wortspielen geeignet ist. Wir fingen selber an, mit dem Wort zu experimentieren – und irgendwann hatten wir die Idee zur Kampagne.

Was ist für Sie das „Spannende“ bzw. das „Überraschende“ daran?

Überraschend fanden wir, dass es die Webadresse kirchemitmir.de noch gar nicht gab. Das ist oft die größte Kunst, eine URL zu finden, die nicht schon reserviert oder besetzt ist. Faszinierend fand ich auch, dass das Kampagnenmotto

so simpel und doch so tiefgründig und gleichzeitig motivierend ist.

Worin unterscheidet sich die Kirche von anderen Auftraggebern?

Diese Frage wird immer wieder gestellt. Aber: Die Kirche unterscheidet sich praktisch nicht von anderen Auftraggebern. Außer, dass sie meines Erachtens zu wenig Geld für mediale Kommunikation zur Verfügung stellt. Andere Unternehmen investieren im Schnitt viel mehr in ihre Kommunikation. Das ist für ein „Unternehmen“, dessen höchste Pflicht die Kommunikation ist, eine komische Haltung. Wahrscheinlich denkt man, die Kirche würde doch schon genug kommunizieren – in ihren wöchentlichen Gottesdiensten. Das ist aber zu kurz gedacht. Wenn Sie mir ein Beispiel aus der Wirtschaft erlauben: Das wäre, als wenn Volkswagen alle Kommunikation auf die Autohäuser beschränken würde. Nur die Leute, die ins Autohaus zum Gucken kommen, bekämen was von der Marke und den Autos zu sehen. Alle anderen sind selber schuld, wenn sie sich nicht für die Marke interessieren ... Mir begegnet aber auch das Vorurteil, die Kirche dürfe gar keine Werbung machen. Was mir nicht wirklich verständlich ist. Wenn ich Jesu Aussagen in der Bibel richtig verstehe, ruft er dazu auf, die gute Nachricht allen Menschen weiterzusagen. In heutigem Deutsch: „Macht Werbung für die gute Sache.“ Werbung ist ja per se nichts Schlechtes.

Woran machen Sie fest, ob eine Kampagne erfolgreich ist?

Der Erfolg ist in zwei Richtungen zu messen: intern und extern. Wenn es die Kampagne schafft, die Menschen zu motivieren, die mit der Kampagne arbeiten müssen, hat sie schon mal viel erreicht. Das ist bei „Kirche mit mir“ offenbar schon gelungen. Wir hören von vielen Seiten, dass es Spaß macht, die Materialien einzusetzen. Schön wäre natürlich, wenn sich möglichst viele Menschen zur Kandidatur aufstellen lassen und später auch wählen gehen.

Die Fragen stellte Hans-Werner Kögel.



Zur Person

Eva Jung, Jahrgang 1968, Kommunikations-Designerin und Autorin aus Hamburg. Sie ist Mitglied im Art Directors Club Deutschland, hat für große und bekannte Marken in Hamburger Kreativagenturen gearbeitet und im Laufe der Jahre zahlreiche nationale und internationale Kreativ-Preise gewonnen. 2006 initiierte und gestaltete sie die christliche Internetplattform godnews.de. 2010 gründete sie die gobasil GmbH – und gestaltete mit ihrem Team die mit internationalen Design-Preisen ausgezeichnete Bibelausgaben und erfolgreiche Kampagnen, sowohl für kirchliche Einrichtungen als auch für namhafte Wirtschaftskunden. Weitere Informationen unter: www.gobasil.com

Mit Gleichgesinnten etwas bewegen

Ehrenamt – wertvoll „für andere und für einen selbst“

**SEELE.
BEGEGNUNG.
SAHNE.
OFFENHEIT.
MIT PAUSE.
MIR.**

MITWÄHLEN!

Ohne sie fehlt uns was: Engagierte Menschen gestalten das Gemeindeleben entscheidend mit. Vielerorts geht dies weit über die Kirchenmauern hinaus. Auch die Leitung unserer Kirche ist Teamarbeit. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten setzen sich ein, für die Zukunft vor Ort – **MITGOTT** und **MITMENSCHEN**.

11.03.2018

KIRCHEMITMIR.^{DE}
GEMEINDEKIRCHENRATSWAHL

Werbepplakat zur Gemeindekirchenratswahl mit Annemarie Cornelius.

Ehrenamt – viel Amt, wenig Ehre. Mag sein. Aber der freiwillige Einsatz fürs Gemeinwohl verlängert auch das eigene Leben. Das hat eine Studie ehrlich und amtlich bewiesen. Mindestens ebenso wertvoll ist der Sofort-Effekt: Das Ehrenamt macht Freude.

Was daran genau? „Gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen – für andere Menschen und für einen selbst.“ So be-

schreibt Annemarie Cornelius ihre Motivation, sich ehrenamtlich in der Kirche zu engagieren.

Die Arbeit im Gemeindekirchenrat ist ein Ehrenamt. Kirchenälteste stellen Zeit und Kompetenz freiwillig und unentgeltlich zur Verfügung. Annemarie Cornelius macht das seit gut vier Jahrzehnten. Bestimmt nicht aus Langeweile oder Geltungsbedürfnis. Die Hauswirtschafts-

meisterin ist Mutter von vier Söhnen, hat lange mit ihrem 2016 verstorbenen Mann den Familienhof in Butjadingen (Wesermarsch) bewirtschaftet und betreibt heute dort das Melkhus Seeverns.

Mit Gleichgesinnten etwas bewegen

Die 69-Jährige „möchte mit Gleichgesinnten etwas bewegen“. Das war schon immer so. Ob im Schulleiternrat, als Schöffin oder bei der Landwirtschaftskammer. „Und zwar immer mit Freude“, versichert sie. „Nie aus Pflichtgefühl.“ Wie steht es um die Wertschätzung dieser Arbeit? Annemarie Cornelius zögert kurz. „Doch – ich kann es gut aushalten, wenn einer mal vergisst, danke zu sagen.“

Engagiert und bescheiden – das trifft auch auf Bernd Napierala zu. Er ist jedoch davon überzeugt, dass die Kirche den Einsatz der Ehrenamtlichen wertschätzt. „Ja – sogar immer mehr.“ Schließlich würde „Kirche nicht funktionieren ohne Ehrenamtliche“. Der 52-jährige Wasserschutzpolizist lebt im Oldenburger Stadtteil Eversten und bewirbt sich 2018 um eine dritte Amtszeit im Gemeindekirchenrat.

Seine Aufgabe im Leitungsgremium der Kirchengemeinde ist das Thema Geld. Konkret das Rechnungsanordnungswesen. Klingt nicht gerade sexy. Aber hier sind Napieralas Stärken besonders gefragt. Er sagt selbst von sich, sehr vernünftig und sorgfältig („ja, ich bin pingelig“) zu sein. Ein weiterer Schwerpunkt neben der Arbeit in mehreren Gremien ist seit vielen Jahren der Bereich Bauunterhaltung. Gerade beim Umbau der Kirche gilt für ihn nicht nur im übertragenen Sinn: „Ich möchte gestalten.“

„Gibt auch mal Frust“

„Natürlich gab und gibt es auch mal Frust“, gesteht der Kirchenälteste. Vor allem in solchen Momenten motiviert ihn, was er von einem Kollegen gelernt hat. „Der fragt immer: Willst du Teil des Problems bleiben oder Teil der Lösung

werden?“ Die Antwort ist eindeutig. „Es macht einen glücklich dazuzugehören, wenn sich was bewegt.“

Gemeinschaftsgefühl

Gerade das Gemeinschaftsgefühl ist auch für Annemarie Cornelius wichtig. Einerseits. Andererseits muss die Gemeinschaft sich auch verändern. „Wir versuchen immer, junge Leute zu integrieren und in die Pflicht zu nehmen.“ Neben dem Altersmix sei auch das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter wichtig. „In der zweiten Hälfte der 1970er habe ich mit einer weiteren Frau begonnen, die 20 Jahre älter ist als ich“, erinnert sich Cornelius an „die Runde älterer Herren“. Heute ist die Mischung im Gemeindegemeinderat in Langwarden etwa halbe-halbe.

Überhaupt war früher vieles anders. „Damals hat der Friedhofsausschuss einmal im Jahr getagt und nach wackeligen Steinen geschaut.“ Heute diskutieren die Kirchenältesten aus mehreren Gemeinden im Friedhofsverband Butjadingen viel häufiger etwa über das zeitgemäße Thema Urnengräber. „Die Gemeinden werden kleiner, die Mittel knapper.“

„Weitete den eigenen Horizont“

Das Denken und Entscheiden über den eigenen Kirchturm hinaus ist Annemarie Cornelius gewohnt. Bis 2013 war sie fast 30 Jahre lang Mitglied der Synode der oldenburgischen Kirche, zuletzt sogar als Vizepräsidentin. „Das weitete den eigenen Horizont.“ Für Visitationen oder als Mitglied des Kirchensteuerbeirats war sie „im ganzen Oldenburger Land unterwegs“.

Hier eine Sitzung des Verwaltungsrats, dort eine Baubegehung – das Ehrenamt kostet Zeit. „Man darf’s aber nicht übertreiben“, sagt Bernd Napierala. „Es gibt auch so etwas wie ein Ehrenamts-Burnout.“ Da er „selbst nicht gut nein sagen kann, erinnert mich dann meine Frau daran“. Wichtig: „Wenn ich mich für ein Nein rechtfertigen müsste, wäre es auch nicht mehr mein Ehrenamt.“

Beruf, Familie, Hobby

Wasserschutzpolizist Napierala spricht von drei Säulen, die den Menschen gemeinsam stützen – der Beruf, die Familie, das Hobby mit dem Ehrenamt. „Ich kenne Menschen, die sich jeden Tag nur mit sich selbst beschäftigen und

mal um 20.30 Uhr und nicht immer um 18 Uhr.“ Und trotzdem sei es „nicht schlimm, wenn ein junger Vater kurzfristig mal ‘ne WhatsApp schickt, dass er nicht zur Sitzung kommen kann, weil er die Kinder ins Bett bringen muss.“

Stichwort Kinder: Annemarie Cornelius hat ihren Sohn auch mal mit in eine Sitzung genommen. „Lucas hat dann unterm Tisch gespielt, bis er eingeschlafen ist.“ Überhaupt haben ihre vier Söhne „ihre Wurzeln in der Kirche“. Der Zweitälteste ist sogar mit einer Pastorin verheiratet. Auch die Kinder der Eheleute Napierala sind als Studierende ehrenamtlich engagiert.

An Gottesdiensten beteiligt

Müssen Kirchenälteste eigentlich auch besonders treue Kirchgänger sein? Bernd Napierala schmunzelt. „Ich kann auch mal vier Wochen keinen Gottesdienst besuchen, und mir geht’s trotzdem gut.“ Allerdings sind an den Gottesdiensten seiner Nikolai-Gemeinde meist auch zwei Kirchenälteste beteiligt – von der Begrüßung über das Abendmahl bis zur Kollekte.

Gottesdienste, Sitzungen, Begehungen: Konkurrieren Kirchengemeinden und Vereine um engagierte Menschen, die aber immer weniger Zeit haben? Ja und nein. Wobei Annemarie Cornelius auch von gemeinsamen Einsätzen berichten kann: „Bei einer Kirchengemeinde in unserer Nachbargemeinde muss mal auf dem Friedhof gepflastert werden – und da haben wir selbstverständlich auch die Mitglieder der anderen dörflichen Vereine geholfen.“

Am 11. März 2018 werden die neuen Gemeindegemeinderäte gewählt. Und mehr Demokratie geht kaum. Fast alle dürfen wählen und gewählt werden. Annemarie Cornelius und Bernd Napierala belegen ehrlich und anschaulich, wie wertvoll die Arbeit der Kirchenältesten ist – für die Allgemeinheit und für sie selbst. Und wenn Ehrenämter dann obendrein noch das Leben verlängern...

Uwe Haring

Auch der Kirchenälteste Bernd Napierala wirbt für die Teilnahme an der Gemeindegemeinderatswahl.

die am Wochenende dann Migräne bekommen.“ Auch Annemarie Cornelius schwärmt von der „Kraft der tiefen Gespräche“ und vom „Feedback jeder Begegnung“

„Parteiengazerre stört mich“

Einig sind sich die beiden Kirchenältesten auch in Sachen Politik: Gemeindegemeinderat ja, Gemeinde- oder Stadtrat nein. „Das Parteiengazerre stört mich an der Politik“, sagt Bernd Napierala. Gleichzeitig hält er es für ungerecht, dass Kommunalpolitiker für Sitzungen vom Arbeitgeber freigestellt werden müssen – dieser Anspruch für die kirchliche Gremienarbeit aber nicht besteht.

Umso mehr freut sich Annemarie Cornelius, wie flexibel so ein Gemeindegemeinderat heute ist: „Aus Rücksicht auf junge Familien beginnen Sitzungen auch

Wie wird gewählt?

Kirche hat demokratische Strukturen – und keine Parteien



Zur Person

Bernd Rüger wurde 1956 in Stuhr geboren und studierte an der Theologischen Akademie der hannoverschen Kirche Ev. Theologie auf dem zweiten Bildungsweg.

Nach dem Vikariat in Bergen/Celle folgten ab 1986 je zehn Jahre als Pfarrer in Sandkrug und Varrel. Ab 1990 erfolgte seine Ausbildung zum Gemeindeberater. Von 1997 bis 2007 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Gemeindeberatung in der oldenburgischen Kirche. In dieser Zeit erfuhr er eine Zusatzqualifikation als Coach. Seit 2007 leitet er die Arbeitsstelle für Gemeindeberatung und Kirchenältestenfortbildung der Ev.-Luth Kirche in Oldenburg.

In seiner freien Zeit treibt es ihn in den heimischen Keller. Mit Bohrmaschine, Drechselbank und Fräse gibt er Holz mal runde, mal eckige Formen, die Hand und Auge schmeicheln. Bernd Rüger ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

In kirchlichen Gremien vom Gemeindegemeinderat (GKR) bis zur Synode spielen Parteien keine Rolle. Auf den Stimmzetteln zur Kirchenratswahl am 11. März können wir deshalb nur einzelne Personen wählen und haben die Qual der Wahl. Wer bekommt die acht Stimmen?

Wen kenne ich? Wem vertraue ich? Ah, aus meiner Straße! Und hier: der Filialleiter meiner Bank! Und andererseits: Der ist mir unsympathisch. Die ist viel zu jung! Der ist wirklich zu alt. Vermutlich werden die Kreuze auf den Stimmzetteln in vielen Fällen von solchen Faktoren beeinflusst. Denn die Kandidierenden haben kein Wahlprogramm. Oft werden in Gemeindebriefen ihre besonderen Interessen genannt, aber wie sie sich bei wichtigen Fragen wie der Wahl einer neuen Pfarrerin, Kirchenasyl oder Zuschüssen für Jugendfreizeiten entscheiden, ergibt sich erst in der aktuellen Situation.

Berufung möglich

Der GKR kann nach der Wahl die Zusammensetzung ergänzen: Die bisherigen Ältesten und die neu Gewählten berufen vor der konstituierenden Sitzung weitere Mitglieder². Bei bestimmten Planungen kann die Berufung von Fachleuten sinnvoll sein.

Beiden Verfahren – Wahl und Berufung – ist eines gemeinsam: Mitarbeitende dürfen nicht Älteste in ihrer eigenen Kirchengemeinde werden³. Dabei wäre es doch so hilfreich, eine Mitarbeiterin aus dem Kirchenbüro oder den Küster aufgrund des fachlichen Wissens und der kurzen Wege an Entscheidungen zu beteiligen. Diese an sich gute Idee stößt schnell an ihre Grenze, weil dann ein Mitarbeitender über sein eigenes Arbeitsfeld beispielsweise über Arbeitsplatzbe-

schreibungen und Höhergruppierungen für sich selbst mit beschließt. Diese Verquickung ist nicht gewollt. Die Pfarrerrinnen und Pfarrer der Gemeinde sind „geborene“ Mitglieder und nicht an Weisungen des GKR gebunden.

Gute Streitkultur wichtig

Aus der Art der Zusammensetzung ergibt sich für die erste Zeit im neuen GKR die besondere Herausforderung, eine gute Streitkultur zu entwickeln. Für sechs gemeinsame Jahre im GKR ist es von hoher Bedeutung, ohne Verlierer um beste Entscheidungen zu ringen, damit die Motivation zur Mitarbeit über die gesamte Zeit hoch bleibt.

Dazu sind diese Grundhaltungen unabdingbar:

- Ich respektiere unbedingt andere Meinungen. Der andere wird – wie ich selbst – sehr gute Gründe für seine Entscheidung haben.
- Je kontroverser es wird, desto sorgfältiger muss entschieden werden. Zeitdruck ist kein guter Ratgeber und nur sehr selten unvermeidbar.
- Oft ist es hilfreich, bei schwierigen Entscheidungen zunächst Lösungsmöglichkeiten und Argumente zu sammeln. Erst in der Folgesitzung wird nach knapper Zusammenfassung von Für und Wider entschieden. Hier hat der Vorsitz die besondere Verantwortung, für die Berücksichtigung von Gegenargumenten zu sorgen.
- Ganz selten kann es ratsam sein, in emotional hoch besetzten Fragen noch keine Entscheidung zu treffen, weil sich z. B. in einem Stimmungsbild eine ganz knappe Mehrheit abzeichnet, es also zu einer Spaltung des GKR kommen könnte.

Pfarrer Bernd Rüger

¹ Die Stimmzahl ist abhängig von der Gemeindegröße und wird vom Gemeindegemeinderat festgesetzt. Gemeinden mit mehr als 4000 Mitgliedern wählen mindestens acht Kirchenälteste.

² Mindestens ein Mitglied des GKR muss berufen werden. Die Obergrenze liegt bei einem Drittel aller Ältesten.

³ In Ausnahmefällen kann der Kreiskirchenrat auf Antrag für geringfügig Beschäftigte die Wählbarkeit verleihen.

Wer entscheidet was?

Gemeindekirchenrat – Kreissynode – Synode

Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis der Kirchenordnung¹ von 1950 zeigt, wie sich die Verantwortlichen den Aufbau unserer Kirche gedacht haben: In den ersten vier Artikeln haben sie über die Bindung an Jesus Christus als alleinigen Herrn, die Bedeutung der Heiligen Schrift und weitere Dinge die wesentlichen Grundsätze dargelegt. Auf drei Ebenen fallen alle Entscheidungen. Dabei ist die Reihenfolge durchaus programmatisch zu sehen:

1. Kirchengemeinden
2. Kirchenkreise
3. Kirchenleitung

Die Kirchengemeinde als Fundament

Die Kirchengemeinde ist das tragende Strukturelement unserer Kirche. In ihr gibt es mit dem Gemeindekirchenrat (GKR) und dem Pfarramt zwei Entscheidungsebenen, die jeweils in ihren Bereichen sämtliche Entscheidungen treffen. Der alle sechs Jahre neu gewählte GKR entscheidet über Personal, Gebäude und Finanzen. Er bestimmt damit die Grundausrichtung der Gemeindearbeit und ist weisungsbefugt gegenüber allen von der Kirchengemeinde eingestellten Mitarbeitenden.

Die Pfarrerinnen und Pfarrer bilden das Pfarramt, sind „geborene“ Mitglieder des GKR und leiten mit den Ältesten die Gemeinde. Sie sind – anders als alle anderen Mitarbeitenden der Kirchengemeinde – dienst- und fachaufsichtlich dem Oberkirchenrat (OKR) zugeordnet. Mit dieser Unabhängigkeit bilden sie ein Gegenüber zu den Ältesten und bestimmen über die Ausübung ihres Amtes ohne Weisungsrecht des GKR. Dieser legt die äußeren Rahmenbedingungen fest, während Form und Inhalt in der Entscheidung der Pfarrerinnen und Pfarrer liegen. Ähnliches gilt entsprechend für den Gottesdienst.

Die Synode ist die oberste Instanz

Trotz des Charakters der Kirchengemeinde als Fundament der Kirche setzt die Synode

als oberste Instanz durch Beschlüsse und Gesetze die Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Zuweisungen an die Gemeinden ebenso wie die Errichtung oder Aufhebung von Pfarrstellen oder gar Kirchengemeinden. Zu den Höhepunkten synodaler Arbeit zählen die Wahlen ins Bischofsamt und in den Oberkirchenrat (OKR). Der Oberkirchenrat ist Gebäude, Behörde, ein Kollegialorgan und schließlich Amtsbezeichnung. Die Behörde mit dem Kollegialorgan an der Spitze setzt die Beschlüsse und Gesetze der Synode um und arbeitet ihr vor der Verabschiedung von Gesetzen zu. Der Bischof ist zwar Vorsitzender des Kollegiums, ist ihm gegenüber jedoch nicht weisungsbefugt. Als Kollegialorgan verantworten sie ihre Beschlüsse eben kollegial/gemeinsam. Zwischen den jährlich zwei Tagungen der Synode trifft der Gemeinsame Kirchenausschuss² die notwendigen Beschlüsse.

Der Kirchenkreis als mittlere Ebene

Zwischen Gemeinde und OKR findet sich als mittlere Ebene der Kirchenkreis mit der Kreissynode als Leitungsgremium. Die Mitglieder der Kreissynode werden in den Gemeinden gewählt, die Kreissynode wiederum wählt aus ihrer Mitte die Mitglieder der Synode.

Nach geltendem Recht hat die Kreissynode in der Entscheidungsstruktur der Kirche den geringsten Gestaltungsspielraum. Nur wenig Personal und im Verhältnis kaum eigene Finanzen, konzentriert sich der Aufgabenkatalog stark auf Mitwirkungsrechte etwa bei der Personalauswahl im Kreisjugenddienst oder der Kirchenmusik. Eigene Verantwortungsbereiche nimmt der Kirchenkreis dann wahr, wenn einzelne Gemeinden solche Aufgaben nicht bewältigen können. Solche Aufgaben werden durch Umlagen durch die Gemeinden finanziert.

Pfarrer Bernd Rüger



Die Synode der oldenburgischen Kirche tagt in der Regel im Evangelischen Bildungshaus in Rastede.



Kreissynode des Kirchenkreises Delmenhorst / Oldenburg Land



Kreissynode des Kirchenkreises Friesland-Wilhelmshaven

¹ Vollständig zu lesen unter www.kirchenrecht-oldenburg.de/document/23313

² Mitglieder: Bischof (Vorsitz), Synodenpräsidentin, drei Oberkirchenräte und vier Synodale

Was entscheidet der Gemeindegemeinderat?

Zur Leitung einer Kirchengemeinde gehören viele Aufgabenfelder, über die sich ein Gemeindegemeinderat Gedanken machen und Entscheidungen treffen muss. Das gleichberechtigte *Miteinander* von Haupt- und Ehrenamtlichen ist dabei ein wesentliches Kennzeichen. *Miteinander* wird das Gemeindeleben gestaltet und organisiert.

Gottesdienste

Zeiten, Orte, Liturgie, Form des Abendmahls
(Wein, Saft, mit Kindern, Einzelkelche)

.....
Entscheidet nicht über Inhalte der Predigt.

Konfirmation

Konzeption der Konfirmandenzeit

.....
Entscheidet nicht über die Art des Unterrichts.

Pfarrerinnen und Pfarrer

PfarrerInnenwahl, grundsätzliche Ausrichtung der Gemeindegemeindearbeit

.....
Entscheidet nicht über den Urlaub der Pfarrerin oder des Pfarrers, wann und wie die Pfarrerin oder der Pfarrer arbeitet oder über die Inhalte der Predigt.

Mitarbeitende

Einstellung + Entlassung von Mitarbeitenden, Stellenplan,
Aufgabenbeschreibungen, Abmahnungen

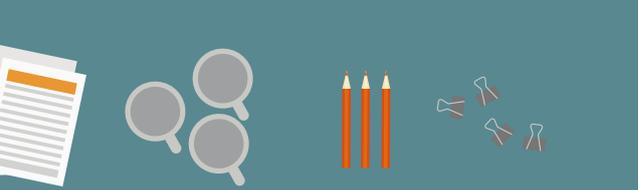
Wahl der Kreissynodalen

Baumaßnahmen

Neubau, Ausbau, Sanierung, Instandhaltung:
Kirchen und anderen Gebäude

.....
Entscheidet bei Kirchengebäuden schon bei kleinen Dingen nur mit Genehmigung. Bei sonstigen Gebäuden: ab 25.000 Euro mit Genehmigung.





Was
machen
Was
dürfen

Gebäude

Ausstattung, Renovierung, Sicherheit, Nutzungsordnung

Friedhof

Gebühren, Gräberarten

.....
Entscheidet mit Genehmigung.

Kindertagesstätten

Konzeption, Elternbeiträge

.....
Entscheidet oft in Abhängigkeit von kommunalen Vorgaben.

Haushaltsplan

Aufstellung, Einhaltung (mit Unterstützung der Verwaltung)

.....
Entscheidet mit Genehmigung.

Jugend

Verantwortung für die Jugendarbeit in der Kirchengemeinde

.....
Entscheidet nicht auf Kirchenkreisebene, hat keine Weisungsbefugnis für Jugenddiakoninnen und -diakone.

Diakonische Vorhaben

Verantwortung für diakonische Vorhaben in der Kirchengemeinde (Kleiderkammer, Besuchsdienst, Nothilfe, ...)

.....
Entscheidet nicht auf Kirchenkreisebene.

Kirchenratswahl

Kirchenratswahl (Wahlbezirke, Zahl der zu wählenden/zu berufenden, Zulassung/Ausschluss)

Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit.
Der Gemeindegemeinderat ist verantwortlicher Herausgeber des Gemeindebriefs.

.....
Entscheidet nicht über den Inhalt einzelner Artikel.

Kirchenmusik

Personaleinstellungen, Grundausrichtung der Chöre (klassisch, modern, Gospel, ...)

.....
Entscheidet nicht, welche Lieder gesungen werden, wann ein Chor auftritt, wie eingesungen wird.

Begleitung der Ehrenamtlichen

Mit 14 Jahren wählen gehen

Stell dir vor, es sind Gemeindegemeinderatswahlen und alle Jugendlichen gehen hin



Zur Person

Diakonin Farina Hubl studierte an der Ev. Fachhochschule Hannover Religionspädagogik und Soziale Arbeit. Nach ihrem Anerkennungsjahr arbeitete sie 2011 als Kreisjugenddiakonin in Friesland-Wilhelmshaven und wechselte 2012 in den Kirchenkreis Delmenhorst/Oldenburg Land. Seit dem 1. Februar 2017 arbeitet sie mit 25% als Bildungsreferentin für Jugendpolitik im Landesjugendpfarramt und mit 75% weiterhin im Kirchenkreis Delmenhorst/Oldenburg Land.

Sicherlich empfinden viele von Ihnen diesen Titel als Utopie, doch träumen wird ja noch erlaubt sein. Im Herbst letzten Jahres hat die Synode der Ev.-Luth.-Kirche in Oldenburg ohne großes Aufsehen, dafür mit einer breiten Mehrheit, die Herabsetzung des Wahlalters von 16 auf 14 Jahre ab der kommenden Gemeindegemeinderatswahl am 11. März 2018 beschlossen.

So klar und positiv diese Regelungen im Kirchengesetz stehen, so schwierig zeigt sich in Gesprächen mit Jugendlichen und Mitarbeitenden ihre Umsetzung in den Gemeinden. Viele Jugendliche vor Ort wissen weder, was ein Gemeindegemeinderat macht, wer sich in ihm engagiert, noch welche Themen dort wichtig sind. Entsprechend gering ist das Interesse an der GKR-Wahl. Daraus darf man Jugendlichen jedoch keinen Vorwurf machen.

Junge Menschen wollen Kirche gestalten

Der Gemeindegemeinderat ist in seinen Strukturen, Abläufen und Themen als Ganzes nicht jugendgerecht. Wem fallen spontan drei Argumente ein, warum ein 14-Jähriger zur Gemeindegemeinderatswahl gehen soll? Trotzdem sind die GKR-Wahlen eine Chance für aktive Demokratie vor Ort.

Junge Menschen wollen in der Kirche nicht nur dabei sein. Sie wollen sie gestalten. Das spüren nicht nur die drei Verbände ejo, cvjm und vcp. Hier wirken Jugendliche bereits aktiv in Entscheidungsprozessen mit. Und nun ein nächster Schritt in Richtung echter Partizipation von Jugendlichen. Jugendliche ab 14 Jahren können bei der nächsten Wahl das Leitungsgremium ihrer Gemeinde mitbestimmen. Die Gemeindegemeinderatswahl im nächsten Jahr findet unter dem Slogan „Kirche mit mir“ (www.kirche-mit-mir.de) statt. Fühlen sich Jugendliche durch diesen Werbeslogan angesprochen? Ich denke, nur, wenn dahinter echte Inhalte stehen. Sonst könnte es schnell zu einer „Kirche (nicht) mit mir“-

Mentalität werden. Hierfür ist eine gute Implementierung des Themas in verschiedensten Bereichen wichtig. Auf der Vollversammlung der ejo im November ist das Thema Wahlen Schwerpunktthema. Eine wichtige Rolle wird dabei auch die Gemeindegemeinderatswahl spielen.

Social Media Kanäle nutzen

Auch in den Social Media Kanälen wie facebook und instagram wird die Gemeindegemeinderatswahl immer wieder mit kurzen Artikeln, Fotos und Statements auftauchen. Um die Jugendlichen zu überzeugen zur Wahl zu gehen, darf die Gemeindegemeinderatswahl nicht eine Woche vorher wie ein Ufo vom Himmel kommen, sondern muss bereits deutlich vorher im Alltag der Jugendlichen an der einen oder anderen Stelle immer mal wieder auftauchen.

Für mich gehören entsprechende Module zur Gemeindegemeinderatswahl in den Konfirmandenunterricht und auch in die Juleica Schulung, in Teamtreffs und Traineegruppen vor Ort. Hierzu werden bereits erst Ideen entwickelt. Bei einem Comic Workshop am 18. November gestalten junge Menschen zusammen mit einem Grafikkünstler Comics zur Gemeindegemeinderatswahl. Auch der Frage „Warum ist es wichtig vom seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen?“ wollen wir in Form von Comics nachgehen.

Das Wirksamste aus der Sicht der Jugendlichen wäre allerdings, wenn Personen des Gemeindegemeinderates und auch die Kandidatinnen und Kandidaten zu den Jugendlichen gehen, in den Konfirmandenunterricht, in die Traineegruppe oder Teamtreffs, sich vorstellen und dort erzählen, woran sie arbeiten und was sie dort vorhaben. Dies kann aber auch ein Wahlabend sein, bei dem die Kandidatinnen und Kandidaten sich den Fragen der Jugendlichen stellen. Echte Begegnung schaffen und das möglichst nicht nur vor der Wahl.

Farina Hubl

Was ist die wahre Demokratie?

Professor Richard Schröder über den Streit über das moderne Demokratieverständnis

„Was wir jetzt haben, das ist ja gar keine richtige Demokratie. Wir werden ja nicht gefragt.“ Das kann man oft hören. Gemeint ist: Es müsste mehr Volksabstimmungen geben. Parlament und Regierung haben umzusetzen, was das Volk wirklich will. Die wahre Demokratie ist die direkte Demokratie, bei der die Bürgerinnen und Bürger möglichst oft direkt befragt werden, statt alle vier Jahre bloß Volksvertreterinnen und Volksvertreter zu wählen. Ich halte diese Auffassung für grundverkehrt.

Was ist denn das entscheidende Merkmal der Demokratie? Demokratie heißt Volksherrschaft und demnach ist der Volkswille, festgestellt durch Abstimmungen, das entscheidende Merkmal. Doch da taucht schon ein Problem

auf. Wenn es wirklich den einen Volkswillen gäbe, müsste der sich ja durch Einstimmigkeit Ausdruck verschaffen. Jeder weiß, dass das eine Illusion ist. Mehrheitsbeschlüsse kommen da nur zustande. Und was wird aus der Minderheit?

Immanuel Kant rechnete die Demokratie zu den despotischen Staatsformen. Wie das? Er stellte zwei Fragen: Wer regiert: einer, einige, alle? Und: Wie wird regiert: willkürlich, also despotisch, oder mit Gewaltenteilung? Daraus ergeben sich sechs Staatsformen. Wenn die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger über alles völlig frei entscheiden kann, ist das tatsächlich die Diktatur der Mehrheit. Und so hatte das auch Karl Marx mit der Diktatur des Proletariats gemeint, die er als die wahre Demokratie pries: Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, die dann nichts zu lachen hat. Als reine Mehrheitsdemokratie, bei der die aufgewählten Massen manchmal auch im Affekt entschieden, was sie hinterher bereuen – siehe das

antike Athen – war die Demokratie in Verruf geraten. Solches Bereuen könnte sich beim Brexit wiederholen.

Das änderte sich erst, als das Mehrheitsprinzip doppelt eingeschränkt wurde. Grundrechte gelten für jede Bürgerinnen und jeden Bürger und dürfen auch nicht durch Mehrheit entzogen werden. Und niemand im Staat ist allmächtig, auch nicht „das Volk“. Sondern die Macht (Entscheidungsbefugnis) wird nach den Regeln der Verfassung verteilt auf den Gesetzgeber (Volksvertretung), die Regierung und das Rechtswesen. Diese Gewaltenteilung dient der Machtkontrolle. Erst diese Verbindung von Rechtsstaat und

Demokratie hat das Wort Demokratie sozusagen geadelt.

Die Berufung auf „das Volk“ war und ist besonders beliebt

bei Diktatoren: Volksgemeinschaft, Volkswagen, Volkspolizei, Volksarmee usw. Auch Volksabstimmungen sind bei Diktatoren durchaus beliebt: Bist du für uns oder gegen uns? Und wehe, du bist gegen uns! Freie Wahlen dagegen, bei denen die Wählerinnen und Wähler auswählen können, hassen sie.

Den einen Volkswillen, den Diktatoren unterstellen, aber auch diejenigen, die heute auf der Straße rufen „Wir sind das Volk“, gibt es ja gar nicht. Das Volk vertritt mindestens genauso viele verschiedene Ansichten wie die Parteien. Vorsicht! Wer von „dem Volkswillen“ spricht, will uns betrügen.

Im Streit um die wahre Demokratie kommt ein Gegensatz zutage, der bis ins Ende des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Denn die Französische Revolution war, was das Demokratieverständnis betrifft, ambivalent. Mit der Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers und mit



Zur Person

Richard Schröder, geboren am 26. Dezember 1943 in Frohburg, studierte Ev. Theologie und Philosophie an den Kirchlichen Hochschulen Naumburg (Saale) und Berlin. 1977 erfolgte die Promotion, 1991 habilitierte er sich an der Kirchlichen Hochschule Leipzig. Von 1991 bis zur Emeritierung nach Vollendung des 65. Lebensjahres gehörte er zum Lehrkörper der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Am 18. März 1990 wurde er in die Volkskammer der DDR gewählt, war dort vom 3. April bis zum 21. August Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Vom 3. Oktober 1990 bis zur Konstituierung des zwölften Bundestages nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 war er für die SPD Mitglied des elften Deutschen Bundestages. 2015 verlieh ihm Bundespräsident Joachim Gauck das Große Verdienstkreuz mit Stern für seine herausragenden Aktivitäten in Politik und Gesellschaft.

der ersten französischen Verfassung stellte sie sich in die Tradition der repräsentativen Demokratie mit Grundrechten, Gewaltenteilung und schriftlichen Verfassungen, wie sie in britischen Kolonien Nordamerikas entstanden war. An diese haben die Verfassungsgebungen anderer europäischer Länder im 19. Jahrhundert angeknüpft.

Dagegen hat sich die Terrorherrschaft des Wohlfahrtsausschusses unter Robespierre in der zweiten Phase auf Rousseaus Gesellschaftsvertrag und dessen Theorie von der Volkssouveränität und dem irrtumsfreien Allgemeinen Willen berufen, nicht ganz zu Recht übrighen. An Rousseau hat Karl Marx angeknüpft. Rousseau war der Auffassung, wenn man Parteien und öffentliche Interessenvertretung verbietet, würden die Bürgerinnen und Bürger nur noch das Gemeinwohl vertreten – eine Schnapsidee, am Schreibtisch geboren, aber von Marx fortgeschrieben.

Diesen geradezu entgegengesetzten Quellen des modernen Demokratieverständnisses liegen zwei grundverschiedene Menschenbilder zugrunde. Rousseau setzt voraus: Der Mensch ist gut, aber die Verhältnisse verderben ihn.

Die amerikanische Tradition dagegen ist, in christlicher Tradition, machtkritisch. James Madison, einer der US-amerikanischen Verfassungsväter, hat gesagt: „Wenn die Menschen Engel wären, wäre

keine Regierung notwendig. Wenn Engel die Menschen regierten, wären weder äußere noch innere Kontrollen der Regierung notwendig.“

Also: im Unterschied zu Rousseaus Verherrlichung der Volkssouveränität sieht Madison das wichtigste Element der Demokratie in der Machtkontrolle, denn Menschen sind nun mal verführbar

„Volksabstimmungen sind dagegen anonym. Insofern ist die direkte Demokratie die verantwortungslose Demokratie.“

und besonders, wenn sie mächtig geworden sind. Und enthemmte Massen sind furchtbar, wie die Lynchjustiz beweist.

Als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie sind Elemente direkter Demokratie durchaus sinnvoll und in den Bundesländern auch praktiziert. Wenn ein Parlament eine Frage nicht behandeln will, kann es durch eine Volksinitiative dazu gezwungen werden. Dagegen ist eine Volksgesetzgebung nicht unproblematisch. Denn im Parlament wird zwischen den Lesungen am Gesetzestext gearbeitet. Bei einer Volksabstimmung kann man nur ja oder nein sagen, aber

nicht den Text verbessern. Im Parlament müssen die Abgeordneten ihre Entscheidung begründen. Man kann sie darauf ansprechen und gegebenenfalls die Wiederwahl verweigern. Volksabstimmungen sind dagegen anonym. Insofern ist die direkte Demokratie die verantwortungslose Demokratie.

Viele politische Fragen sind zudem sehr komplex. Die meisten Wählerinnen und Wähler haben gar nicht die Zeit, sich in die Problematik hineinzuarbeiten. Das ist dann die große Stunde für die falschen Versprechen von Demagogen, siehe Brexit.

Am passendsten sind Volksabstimmungen bei Problemen, die die Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Lebenswelt gut kennen. Abstimmungen über internationale Verträge von 1.000 Seiten werden dagegen im Parlament mit größerer Sachkenntnis getroffen werden als bei Volksabstimmungen. Denn die Abgeordneten, die die Materie nicht überblicken, kennen andere, die sie überblicken und berichten.

Man kann etwas verbessern oder verschlechtern. Besonders tückisch ist das Verschlimmbessern: irrtümlich verbessern und dabei ruinieren. Das kann uns auch bei der Demokratie passieren, wenn wir durch unkritische Maulerei das Kind mit dem Bade auskippen.

Prof. Dr. Richard Schröder



Platz der Demokratie in Weimar

Wie Jesus und Pilatus

Vortrag von Bundespräsident Gustav Heinemann über Parlament und Synode

Für das 400jährige Gedenken an die Emdener Synode von 1571 schrieb der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann (1899 - 1976) einen Vortrag, in dem er über Kirche und Demokratie am Beispiel von Parlament und Synode nachdachte. Als protestantischer Christ orientierte er sich an Apostelgeschichte 15, an der „Discipline des Eglises Reformées de France“ von 1559, der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 und der „heutigen Ordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland“.

Zwei Körperschaften gleicher Verschiedenheit

„Synode und Parlament ... sind ... zwei Körperschaften gleicher Verschiedenheit, wie Kirche und Staat, wie Jesus und Pilatus verschieden sind. Sie verstehen zu wollen, heißt davon auszugehen, dass die Kirche das Organ der göttlichen Rechtfertigung des Menschen, der Staat hingegen das Organ menschlichen Rechtes ist“, schreibt Heinemann. Bezug nehmend auf die Barmer Theologische Erklärung führt er aus: „Was damals gegen das nationalsozialistische Führerprinzip ausgesprochen wurde, muss heute auch bei einigen Rufen nach Demokratisierung der Kirche bedacht werden. Unpassend ist sicher der Ausdruck ‚Demokratisierung‘, denn es kann sich nicht um Übertragung von Regeln der staatlichen Demokratie auf die Kirche handeln. (...) So sehr die Kirche in der Welt lebt, so ist sie doch nicht von dieser Welt und ganz gewiss nicht jedermann beliebig zu nutzender dienstbarer Geist.“

Die Synode: um Einmütigkeit im Geist suchen

„Die Synode ist (...) in ungeteilter Zuständigkeit das Leitungs- und Verwaltungsorgan des landeskirchlichen Zusammenschlusses ihrer Ortsgemeinden und Kirchenkreise. (...) Gleichwohl ist die Synode nicht Herr der Kirche. Ihr Auftrag geht vom Herrn der Kirche Jesus Christus aus. (...) Es kann zum Beispiel in der Kirche keine Meinungs- und Rede-

freiheit geben, die nicht vom Evangelium hergeleitet ist. Auch dürfen in der Kirche keine Machtpositionen entwickelt werden, die der brüderlichen Gleichberechtigung aller widersprechen. Von daher entfällt für den Bereich der Kirche das staatliche Problem der Gewaltenteilung. (...) Nicht ein Kampf um Überwältigung des einen Teils durch den anderen darf in ihr stattfinden, nicht um Macht der einen über die andere darf es in ihr gehen, vielmehr sollen ihre Mitglieder sich in brüderlicher Beratung um Einmütigkeit der Entscheidungen bemühen. (...) Jedes (Mitglied) von ihnen hat den Auftrag, die Einmütigkeit im Geist zu suchen und hat dazu Anteil an der Verheißung des Geistes.“

Das Parlament: eine Stätte des Kampfes um die Macht

„Im Unterschied zur Synode ist der Bundestag nicht alles in allem. Sobald er den Bundeskanzler gewählt und dieser seine Regierung gebildet hat, scheiden sich die Regierung in vollziehende (...) Gewalt einerseits und den Bundestag als gesetzgebende und kontrollierende Gewalt andererseits. (...)“

Der Bundestag ist eine Stätte der Auseinandersetzung, ja des Kampfes um die Macht im Staat und um die Durchsetzung von Interessen. Seine Mitglieder scheiden sich dabei in Regierungsmehrheit und Oppositionsminderheit. Die Mehrheit ist auf den Schutz der Regierung bedacht, die Opposition auf deren Sturz. (...) Dieser Kampf wird außerhalb des Parlaments von unablässiger Polemik der Parteien begleitet, um die öffentliche Meinung zu gewinnen oder zu stören. Alles ist dabei auf Mehrheit gegen Minderheit abgestellt. Natürlich soll es auch dabei Grenzen geben – Grenzen der Fairness und des gemeinsamen Wohles. Es ist Sache der Bürger, was sie sich gefallen lassen und was nicht.“

Zusammengefasst von Oberkirchenrätin Annette-Christine Lenk



Zur Person

Der Politiker Gustav Walter Heinemann (* 23. Juli 1899 in Schwelm; † 7. Juli 1976 in Essen) war der dritte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Von 1946 bis 1949 war er Oberbürgermeister von Essen und von 1949 bis 1950 Bundesminister des Innern. Wegen der von Konrad Adenauer eingeleiteten Wiederbewaffnung der Bundesrepublik trat er 1950 als Innenminister zurück. 1952 verließ er die CDU und gründete die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). 1957 trat er der SPD bei. Von 1966 bis 1969 war Heinemann im Kabinett Kiesinger (Große Koalition) Bundesminister der Justiz und von 1969 bis 1974 Bundespräsident.

Anlässlich des 400jährigen Bestehens der Emdener Synode der Evang.-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland hatte Gustav Heinemann 1971 den Vortrag über „Das Verhältnis von Synode und Parlament“ verfasst. Da er am Festtag erkrankt war, hielt der damalige nordrhein-westfälische Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. Diether Posser, seinen Vortrag beim Empfang am 6. Oktober in Emden. Diether Posser war ein enger Freund Heinemanns, mit dem er 1952 zusammen mit dem späteren Bundespräsidenten Johannes Rau die GVP gegründet hatte.

Quelle: Gustav Heinemann, *Synode und Parlament, Ansprache zum Gedenken an die Emdener Generalsynode von 1571, am 06.10.1971, aus Bulletin der Bundesregierung 1971 Nr. 144, S. 5.*

„Ihr als Kirche müsst doch...“

Arbeitgeberin evangelische Kirche



Zur Person

Carsten Möhlenbrock (59) ist Referent im Oberkirchenrat für die dienstrechtlichen Angelegenheiten der Pfarrerinnen und Pfarrer. Nach beruflichen Stationen in der Kommunalverwaltung und in der freien Wirtschaft begann er seinen Dienst bei der Kirche 1998 als Leiter des Kirchenverwaltungsamtes Delmenhorst. Zu den Aufgaben gehörten Finanzangelegenheiten, Personalverwaltung, Verwaltung der kirchlichen Kindergärten sowie die Friedhofs- und Liegenschaftsverwaltung. Carsten Möhlenbrock ist verheiratet und lebt in Hude. Hier ist er ehrenamtlich als Plattdeutschbeauftragter seiner Heimatgemeinde tätig, vorher war er lange Jahre ehrenamtliches Mitglied des Gemeinderates.

Bei der evangelischen Kirche zu arbeiten scheint etwas Besonderes zu sein, jedenfalls in den Augen Außenstehender. Eine besondere Erwartung, manchmal geradezu etwas Mystisches, scheint damit verbunden zu werden. Man begegnet mir stets mit besonderem Interesse und einer gewissen Hochachtung, wenn ich erzähle, seit nun zwanzig Jahren bei der evangelischen Kirche zu arbeiten. Wenn ich dann weiter berichte, für welche Arbeitsbereiche ich verantwortlich war und bin, scheint dieser Mythos zu schwinden. Ich bekomme den Eindruck, dass mein Gesprächspartner das gar nicht mehr so genau wissen will. So etwas Banales wie Zahlen, Grundstücke oder Personalmanagement, das gibt es doch woanders schließlich auch.

Auch hier arbeiten „nur“ Menschen

Einige erstaunt es auch, wenn die evangelische Kirche sich manchmal mit ihren Mitarbeitenden streitet. Hier arbeiten Menschen miteinander, verschiedene Sichtweisen, unterschiedliche Leistungsvermögen und verschiedene Persönlichkeiten kommen zusammen. Miteinander wird um ein Gemeinsames gerungen. Dass daraus Konflikte entstehen können, bleibt nicht aus. Auch bei der Kirche arbeiten eben „nur“ Menschen mit ihren Individualitäten, Ansichten, Einsichten und Fehlern.

Auch wenn gerade bei der Kirche eine hohe Konflikttoleranz und ein hohes Maß an Fehlergeduld bewiesen wird, ist manchmal ein Punkt erreicht, an dem alles Reden, Schlichten und Verhandeln nicht mehr hilft. Dann ist eine deutliche Ansage erforderlich und eine eindeutige Entscheidung zu treffen. Eine Abmahnung erfolgt oder ein Arbeitsverhältnis wird sogar gekündigt. Auch bei der evangelischen Kirche basiert das Arbeitsrecht auf Gesetzen und rechtsstaatlichen Grundsätzen, deswegen ist eine solche Entscheidung rechtlich überprüfbar. Wird gegen die Kündigung geklagt, tref-

fen sich Arbeitnehmer und Vertreter der Kirche vor der Richterbank wieder. Aber auch dieses löst dann Erstaunen aus.

Viele scheinen uns bei der Kirche zuzutrauen, alles friedfertig und untereinander im Konsens regeln zu können. Wenn dann doch ein Streit von einem Gericht entschieden werden muss, scheint wieder dieser Mythos von Unfehlbarkeit und hoher innerer Streitkultur ins Wanken zu geraten („Kirche schmeißt jemanden raus, das hätte ich nie gedacht ...“). Nach eigenen Erfahrungen ist Kirche aber selbst vor dem Arbeitsgericht immer noch darauf bedacht, ein solches Verfahren nicht durch ein Urteil entscheiden zu lassen, sondern intensiv um einen Vergleich zu ringen.

Mitarbeitende stehen im Mittelpunkt

Kirche ist Arbeitgeberin, eigentlich ganz normal? Ja, aber es ist und bleibt doch etwas Besonderes, bei der Kirche zu arbeiten. Aus eigenem Erleben unterschiedlicher Arbeitgeber ist festzuhalten, dass bei der Kirche die Menschen, die Mitarbeitenden mehr im Mittelpunkt stehen als bei anderen, wo eine rechtmäßige wirtschaftliche Aufgabenerfüllung oder bestimmte Umsatzziele im Vordergrund stehen.

Wenn wir bei Kirche manchmal mit den konkreten Zielen zu hadern scheinen und lange nach der Gewissheit suchen, welche Ziele das sein sollen, hilft es, den Blick zu heben und sich des großen Ganzen zu erinnern: Wir bauen am Haus des Herrn! Das ist ebenso motivierend wie tröstlich. Und allein deswegen ist und bleibt Kirche als Arbeitgeberin etwas Besonderes!

Übrigens: Bei der Evangelischen Kirche einschließlich der Diakonie sind in Deutschland über 700.000 Menschen beschäftigt.

Carsten Möhlenbrock

Ärger müsste sich gegen uns richten

Jost Richter gibt Einblick in seine Arbeit als Synodale

Zweimal im Jahr verwandelt sich das Bildungshaus Rastede in den Versammlungsort der Synode der oldenburgischen Kirche. Dann wird miteinander diskutiert, es werden Kompromisse gefunden und es wird abgestimmt. In den Zeitungen und auf der Webseite der Kirche ist dann zu lesen, mit welchen Beschlüssen die 60 Synodalen die Weichen für die Zukunft der oldenburgischen Kirche gestellt haben. Doch was passiert eigentlich zwischen den Tagungen des Kirchenparlaments?

Einer der 60 Synodalen, die in Rastede die Beschlüsse für die oldenburgische Kirche fassen, ist Jost Richter. Seit 2008 gehört der Rechtsanwalt und Notar dem Kirchenparlament an. Und für „horizont E“ gibt er einen Einblick in die Tätigkeit eines Synodalen. „In den Monaten zwischen den Tagungen findet die Hauptarbeit statt“, erzählt Richter. Für ihn gibt es keine Woche, in der er nicht mindestens einen Termin als Synodaler hat. Meistens sind es mehr. Und die meisten Termine finden an den Abenden statt.

„Ich bin sehr froh, dass ich durch meine Selbstständigkeit die Möglichkeit habe, dieses Ehrenamt so stark wahrnehmen zu können“, erzählt Richter. Und es ist ein Ehrenamt mit großer Verantwortung. Denn die Synode ist das oberste Organ der Kirche. Sie nimmt stellvertretend für die Gemeinden die geistliche und rechtliche Verantwortung für das Leben der Kirche wahr. „Wenn in den Gemeinden über den Oberkirchenrat geschimpft wird, denke ich immer, eigentlich müsste dieser Ärger sich gegen uns Synodale richten. Denn wir treffen die letzte Entscheidung. Der Oberkirchenrat als Verwaltung muss sie dann umsetzen“, betont Richter.

Er findet es schade, dass viele gar nicht wissen, wie demokratisch die Entscheidungen für die Gesamtkirche getroffen werden. „Wer eine Idee hat, die in die Zeit passt, kann sie mit der Unterstützung der Synodalen verwirklichen“, lobt er die großen Möglichkeiten, die die Synodalen bei der

Gestaltung haben. „Im Moment sind diese Möglichkeiten natürlich durch die finanzielle Situation eingeschränkt. Aber trotzdem bleiben wir immer offen für neue Ideen.“

Nicht nur mit Blick auf die jetzige Finanzsituation und die sich daraus ergebenden schwierigen Entscheidungen betont Richter: „Wir machen uns keine Entscheidung leicht und die Unterschiede zwischen den einzelnen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen bleiben bei unseren Diskussionen immer im Blick.“ In den Ausschüssen und Arbeitsgruppen wird intensiv an den Gesetzen und Beschlüssen gearbeitet, die dann auf der Synode vorgelegt werden.

Richter ist seit der 48. Synode Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss und im Kirchensteuerbeirat und sitzt außerdem im Ausschuss für Jugend, Bildung und kirchliche Werke, Einrichtungen und Öffentlichkeitsarbeit. Und auch wenn manchmal hart um unterschiedliche Positionen gerungen wird: „Sowohl in den Ausschüssen als auch auf den Tagungen ist der Ton immer offen und fair.“ Vielleicht liegt das auch daran, dass es in der oldenburgischen Synode keine Lagerbildungen gibt. „Natürlich weiß man, welchem Synodalen welche Themen wichtig sind, aber dass wir keine festen Lager haben, ist ein großer Vorteil“, sagt Richter. Und alle Synodale wissen: Die Entscheidungen, die sie treffen, haben Auswirkungen auf die Zukunft der Kirche, die Kirchengemeinden und auf die Menschen, die für die oldenburgische Kirche arbeiten.

Jost Richter hat Spaß an seiner Arbeit als Synodaler. Und das nicht nur, wenn er wie im Blockhaus Ahlhorn sehen kann, welche praktischen Folgen eine Synodenentscheidung hatte. „Auch die normale, tägliche Arbeit etwa im Kirchensteuerbeirat, wo wir entscheiden, wie die Kirchensteuereinnahmen verteilt werden, ist eine wichtige und bereichernde Arbeit.“

Kerstin Kempermann



Denk ich an die Wahl in der Nacht ...

Ein Albtraum. Aufgezeichnet von Stephan Bohlen



Zur Person

Pfarrer Stephan Bohlen, geboren 1962, ist seit 2015 durch den Kirchenkreis Ammerland zur „Pastoralen Mitversorgung“ der Kirchengemeinde Edewecht für den Pfarrbezirk Süddorf zugeteilt. Der gebürtige Edewechter war zuvor zehn Jahre lang Pfarrer in der Kirchengemeinde Zwischenahn, Pfarrbezirk Rostrup, aktiv. Davor war er von 1998 bis 2006 Pfarrer in der Kirchengemeinde Golzwarden. In seiner „Braker Zeit“ gründete er zusammen mit Anke und Stefan Stalling, Andreas Technow, Thomas Meyer, Kerstin Pflugrad sowie mit Katja Waldschmidt und Petra Bohlen das Kabarettensemble „Schwarzer Humor“, das 2003 erstmals beim Regionalen Kirchentag in Brake auftrat. Stephan Bohlen ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von 16 und 19 Jahren.

Schreiend schreckte er aus dem Schlaf. Margot Käßmann war ihm erschienen. An der Hand zog sie einen sich sträubenden dicklichen Mann hinter sich her, der entsetzlich sächselte. Er wolle in Frieden gelassen werden und weiter seinem guten Wittenberger Bier frönen. Diese ewige Vereinnahmerei habe er gründlich satt, seit dieser Sache vor gut 70 Jahren. Das habe doch wohl gereicht. Und diese vermaledeiten 500 Jahre... Hätte er das gewusst, dann hätte er das mit diesen Thesen nie gemacht. Die Heilige Margot und ihre bildungsbürgerliche Seniorenallianz, die die Gemeinden zu immer neuer Memorialartistik trieben, das sei zu viel. Selbst für ihn. Und er sei schließlich das Herrlein Käthe gewohnt...

Das alles hatte sich der Pastor wunderbar zusammengeträumt. Das war nicht schlimm. Trotz der metaphornden Margot blieb er entspannt. Doch dann wandte gerade diese sich direkt an ihn, öffnete weit den Mund, soweit, dass alles um ihn herum schwarz wurde. Und dann hörte er die Worte: „Die Kirchenratswahl steht vor der Tür!“ „Electiones ante portas!“; das brüllte nun auch der dicke Sachse. Da schreckte er hoch. „Die Wahl!“, hörte er sich selber hauchen. Immer wieder. Da ging auch schon das Licht an. „Die Wahl?“ „fragte die pfarrherrliche Gemahlin erstaunt: „Weißt Du nicht, was Du bei der Bundestagswahl wählen sollst?“ – „Nein. Die Kirchenratswahlen sind es!“

Direkt nach diesem Jahr verordneter Fröhlichkeit und aufgesetzter Festlichkeit nun das nächste Partizipationsfiakso. 2017 – das war schon hart. Im Grunde nur Kulissenbau. Aber die Wahl... Da müsste man liefern. Nicht liebenswerte Lettern, sondern Fleisch und Blut. Keine wohlfeilen Sonntagsreden, sondern echte Menschen. Kompetent und selbstbewusst, verwurzelt und vernetzt, fromm und vernünftig – und dann noch so frustrationstolerant, dass sie die Zeit im Kirchenrat überlebten: Menschen, die

die vitalisierenden Erfahrungen im Verwaltungsdschungel als solche auch würdigen. Menschen, die die Spardiskussionen mit Humor und die Damokles-Schwerter mit bonhoefferscher Gelassenheit als Anfang neuen befreiten Gemeindelebens nehmen würden.

Wo sind die zu finden? Im Seniorenkreis? In der Frauenhilfe, der Sperrspitze reformatorischer Emanzipation? Unter den Konfirmandeneltern? Falsche Lebensphase, ausgetreten oder schon gebunden. Krabbelmütter? Schnullerhorizont meets Friedhofssatzung. Gottesdienstliche Gemeinde? Bitte, wer?

„Das geht nicht! Das geht alle sechs Jahre nicht!“, schrie der Pastor laut auf und barg sein tränenfeuchtes Gesicht am Busen seiner Frau, wo er Trost fand. So stiegen in ihm schon bald Mut machende Bilder empor: Statt weiterhin auf Wahlen zu setzen, würde der oldenburgische Zentralapparat eine neue Abteilung installieren. Zwölf Berufssälteste, die nach allen nur denkbaren bürokratischen Richtlinien ausgesucht und nach jeder nur zu erwartenden Regel der political correctness bestimmt würden.

Diese Zwölf würden je nach Bedarf für die eine oder die andere Kirchengemeinde beschließen und stets die gewünschten Ergebnisse bringen. Das wäre die Lösung. Auch für die leidige Gemeindefrage! Gelenkte Demokratie! Die Gemeinden hatten ja seit Jahren fortlaufenden Erfolg. Was die Gliederzahl angeht, aber auch in den Kirchenräten.

„Der Letzte macht das Licht aus!“ Dann wäre Frieden. Der Pastor hatte aufgehört zu weinen. Ein wunderbarer Moment der Schwerelosigkeit umfing ihn. Die Freiheit eines Christenmenschen. Und Margot Käßmann ist dann im Ruhestand.

Pfarrer Stephan Bohlen



Den Stein ins Rollen bringen...

„Zukunft einkaufen“ – Ein Projekt mit Zukunft

Wer im Gemeindefkirchenrat tätig ist, trägt nicht nur dazu bei, das „alltägliche Geschäft“ am Laufen zu halten. In Sande hat das Gremium vor wenigen Jahren dafür gesorgt, dass ein großer Teil der Arbeit nach ganz neuen Vorgaben läuft. Die Kirchengemeinde schloss sich dem Projekt „Zukunft einkaufen“ an. Das Stichwort heißt „öko-faire Beschaffung“. Es geht darum, im Alltag achtsam mit allen Anschaffungen umzugehen, im Blick zu behalten, dass viele Dinge, die gekauft und verbraucht werden, eine Verbindung zur ganzen Welt haben, Menschenrechte berühren oder auch die Natur beeinflussen.

„Bei ‚Zukunft einkaufen‘ geht es darum, globale Zusammenhänge zu verstehen und die eigene Position darin zu erkennen“, sagt Projektleiterin Tabitha Triphaus. Als sich unter den Mitgliedern des Gemeindefkirchenrates in Sande das Bewusstsein schärfte, dass jeder Mensch eine Verantwortung trägt für die Bewahrung der Schöpfung und die Sicherung von Menschenrechten mit fairen Arbeitsbedingungen, dass jeder durch eigenes Verhalten dazu beitragen kann, die Welt ein bisschen gerechter werden zu lassen, war der Wunsch nicht weit, das auch in der eigenen Kirchengemeinde umzusetzen. Der Kirchenrat war davon überzeugt, dass Kirche einerseits eine Vorbildfunktion erfüllen sollte, andererseits aber auch über große Marktmacht verfügt. Am Ende waren sich alle einig, das Projekt zu starten.

Zukunftsthema

„Mit ‚Zukunft einkaufen‘ hat der Kirchenrat ein absolutes Zukunftsthema in Angriff genommen. Das daraus resultierende Verhalten überzeugt sogar bis dahin kirchenkritische Menschen“, sagt der Pastor im Ruhestand Gerd Pöppelmeier, der die Kirchengemeinde damals begleitet hat und heute noch Vorsitzender des Beirates von „Zukunft einkaufen“ auf gesamtkirchlicher Ebene ist. 2011 wurde das Projekt, das in der Kreissynode Zustimmung fand, in der Kirchengemeinde Sande vorgestellt. Schnell entschloss sich der Gemeindefkirchenrat, zu den Pilotgemeinden zu gehören. „Wir

haben dann eine Arbeitsgruppe gebildet, im dem die Entscheidungsträger aus dem Gemeindefkirchenrat und alle Mitarbeitenden gemeinsam Ziele bestimmt haben“, berichtet Gertrud Wolters, Küsterin in der Kirchengemeinde. Dieses Hand-in-Handarbeiten sei das Erfolgsrezept. Natürlich ging es nur schrittweise vorwärts, nach einer Bestandaufnahme war die Veränderung gefragt. Heute ist es selbstverständlich geworden, dass Kaffee und Tee aus fairem Handel kommen, Reinigungsmittel biologisch abbaubar sind, es geht aber auch darum, grundsätzlich zu überprüfen, ob sich am Verbrauch etwas einsparen lässt.

Ein Projekt mit Zukunft

„Das Projekt ist mit viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit verknüpft“, berichtet Pöppelmeier. Bei der Beschaffung geht es auch darum, unnötige Wege zu vermeiden, heimische Produkte zu bevorzugen. So ist auch die Frage des Blumenschmucks in der Kirche immer wieder ein Thema. „Wir haben geklärt, dass wir auf Blumen nicht verzichten wollen, aber über viele Wochen können auch Blumen aus heimischen Gärten verwendet werden“, erklärt Wolters. Wenn das nicht klappt, greift sie auf Fair-Trade-Ware zurück. Die Gemeinde klärt auch Trauernende über fairen Grabsteinhandel – ohne Kinderarbeit – auf. Im Kindergarten setzt die Hauswirtschafterin bei der Ernährung auf ökologisch, saisonal und regional – nur beim Bio-Fleisch gibt es noch Engpässe. Das Beschaffungsverhalten in der Kirchengemeinde Sande zeigt auch über die Gemeinde hinaus Wirkung. So sind Gemeindefmitglieder und Kindergartenkinder Multiplikatoren, die ein Verhalten, dass sie in der Gemeinde oder im Kindergarten gelernt haben, in ihre Familien- und Freundeskreise tragen.

Das Projekt, das auf der Kirchenkreisebene begann, wird mittlerweile auf gesamtkirchlicher Ebene weitergeführt. Und es ist ein Projekt mit Zukunft. „Für uns geht es einfach um Glaubwürdigkeit“, bringt Triphaus das Thema auf den Punkt.

Annette Kellin



Tabitha Triphaus:
„Es geht um Glaubwürdigkeit.“



Pfarrer i.R. Gerd Pöppelmeier ist Vorsitzender des Beirates von „Zukunft einkaufen“.



Gertrud Wolters hat die Umstellung von Anfang an begleitet.



Human verbindet Generationen

Sozialdienst der Diakonie begleitet und unterstützt



Zur Person

Carolin Jendricke leitet seit April den Sozialdienst Human im Landkreis Vechta der Diakonie im Oldenburger Münsterland. Die 26-Jährige stammt aus dem hessischen Langen und hatte zunächst drei Semester evangelische Theologie studiert. Nach ihrem Bundesfreiwilligendienst hat sie ein Bachelorstudium Soziale Arbeit absolviert und ihr Anerkennungspraktikum im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Betreibergesellschaft des Frankfurter Flughafens verbracht. Seit Oktober 2016 studiert sie Gerontologie an der Uni Vechta. Bereist seit 2005 engagiert sie sich ehrenamtlich in ihrer jeweiligen Kirchengemeinde – zurzeit also auch in Vechta. Der Sozialdienst Human freut sich über weitere Ehrenamtliche. Infos dazu unter: 04441 / 906910.

Nächstenliebe. Kommt von Herzen, wird nicht aufgerechnet, ist menschlich. Human halt. So verstehen und verstehen die sieben Ehrenamtlichen ihren Dienst. Sie kommen zu Besuch und lesen vor, sie sind Begleitende beim Arztbesuch, sie organisieren Hilfen für Haushalt und Garten. Human. So heißt der Sozialdienst der Diakonie Vechta.

Helfen, umdenken, mitmachen, annehmen, nachfragen. Die Anfangsbuchstaben bilden das Wort Human. Der Sozialdienst ist seit 2006 aktiv, kümmert sich um Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige wie um Familien und Alleinerziehende.

Brigitte Kurzweg ist eine der Ehrenamtlichen. Schon länger begleitet sie eine Dame jenseits der 90. Anfangs ist sie Woche für Woche mit ihr zum Einkaufen gefahren, anschließend haben sie gemeinsam Kaffee getrunken. Sie hat die Seniorin aber auch mal zum Friedhof gefahren oder bei Arztbesuchen begleitet.

Freundschaften entstehen

Mittlerweile ist die Dame in ein Seniorenheim umgezogen. Trotzdem finden weiterhin wöchentliche Treffen statt, bei denen Brigitte Kurzweg auch mal „Sonderwünsche“ erfüllt – etwa frisches Obst mitzubringen. Meist gehen die beiden spazieren und erzählen sich was. Für die Human-Mitarbeiterin ist klar: „Aus den ehrenamtlichen Begleitungen können Freundschaften werden.“

„Human bringt Menschen zusammen – egal, ob alt oder jung.“ So beschreibt Leiterin Carolin Jendricke den Sozialdienst. Die 26-Jährige ist seit April im Amt. Sie trifft sich regelmäßig mit den Ehrenamtlichen, hält den Kontakt zum Seniorenbüro der Stadt Vechta, gibt neue Impulse.

Carolin Jendricke arbeitet selbst seit der Konfirmation ehrenamtlich in ihrer Kirchengemeinde im hessischen Langen zwischen Darmstadt und Frankfurt mit –

in Gruppen wie in Gremien und häufig für Seniorinnen und Senioren. Auch in ihrem Bachelorstudium der Sozialen Arbeit ging es vor allem um Seniorinnen und Senioren – um Demenz und um den Dialog der Generationen. Passend dazu ist sie im vorigen Herbst nach Vechta gekommen für das Masterstudium Gerontologie, also für die Wissenschaft vom Altern der Menschen.

Neben ihrem Studium und der Stelle als Leiterin des Sozialdienstes Human lässt die 26-Jährige sich zur Prädikantin ausbilden. Denn die intensive Gemeindearbeit ist ihr wichtig. Dass sie in Vechta an einer katholisch geprägten Uni studiert und die evangelische Kirche in der Diaspora erlebt? „Davon merke ich im Alltag nichts.“

Keine Egoisten

Ihr Engagement in der Kirche hat natürlich mit ihrem Glauben zu tun. Und damit, dass „Kirche ein Begegnungsraum für mehrere Generationen“ ist. Wobei die Ehrenamtlichen im Sozialdienst Human überwiegend im Rentenalter sind. Weil junge Menschen sich heutzutage nicht mehr gern engagieren? „Nein“, entgegnet Carolin Jendricke. „Da wächst keine Generation von Egoisten heran.“ Es gebe allerdings „eine veränderte Erwartung ans Ehrenamt – viele Jüngere möchten sich lieber befristet projektbezogen engagieren.“

Der Sozialdienst Human bringt Generationen zusammen, schafft Freundschaften nicht nur unter den Ehrenamtlichen. Mitarbeiterin Brigitte Kurzweg hatte vor Jahren eine damals 26-Jährige unterstützt – zum Beispiel als FahrerIn. Später hatte die junge Frau selbst einen Führerschein und ist heute verheiratet. Trotzdem sind beide noch immer in Kontakt. „Schön zu sehen, wie sich ein junger Mensch so entwickelt“, freut sich die Begleiterin. Human sei Dank.

Uwe Haring



Wir haben uns überflüssig gemacht

Willkommenscafé in Apen war in der ersten Zeit Anlaufstelle für Flüchtlinge

Das Willkommenscafé in Apen, Treffpunkt für Flüchtlinge, ehrenamtlich Helfende der Kirchengemeinde und betreut von der Diakonie, ist eingestellt worden. Was zunächst nicht danach klingt, ist tatsächlich eine gute Nachricht: „Wir haben uns sozusagen selbst überflüssig gemacht“, erklärt Anke Helm-Brandau lachend. Die Synodale der oldenburgischen Kirche und Kirchenälteste in Apen ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Flüchtlingsfragen, einer Einrichtung von Kirche und Diakonie, und war maßgeblich am Willkommenscafé beteiligt.

Warum man in Apen so bald wieder auf das Willkommenscafé verzichten konnte, ist im Ansatz schnell erklärt: Zum einen kamen überwiegend Familien in die Region, die sich – da sind sich die Fachleute einig – weitaus besser und schneller integrieren als etwa junge alleinstehende männliche Flüchtlinge. Zum anderen standen diesen Familien hier im ländlichen Raum von Anfang an engagierte Helfende zur Seite, die als Lotsen und verlässliche Ansprechpartner fungierten.

Betreuung über Patenschaften

„Die Familien hier haben Paten, die sich um sie kümmern, sie beispielsweise zum Arzt oder zu Elternsprechtagen in der Schule begleiten, die Kinder zum

Schwimmunterricht fahren und vieles erklären, was auf den ersten Blick verwirrend oder unverständlich scheint“, so Anke Helm-Brandau. Auch sie und ihr Mann Reinhard Brandau haben die Patenschaft für eine Familie übernommen: Ismail und Fawzia Mohammadi sind 2015 mit ihren vier Kindern Jawad (17), Najib (16), Fawad (12) und Farid (6) aus Afghanistan ins Ammerland gekommen. Im Willkommenscafé, das später Begegnungscfé genannt wurde – „Willkommen waren sie ja schon“, sagt Reinhard Brandau – lernten sie die Brandaus kennen, seither besteht ein enger Kontakt zwischen den Familien.

Im Spiel Sprache lernen

Schnell war den Mohammadis klar: Ohne Sprachkenntnisse geht nichts. Insbesondere die Kinder sprechen mittlerweile recht gut Deutsch. „Wir waren fasziniert, wie schnell das ging“, sagt Anke Helm-Brandau. „Im Café haben wir anfangs Memory gespielt, damit sich einfachste Wörter immer wieder einprägen konnten“, erzählt sie. „Dabei haben wir gemerkt, dass über das Spielen eine besondere Nähe entstand, und begonnen, auch solche Spiele mitzubringen, die ohne Sprache funktionieren – Domino zum Beispiel, Backgammon oder Schach.“ Farid erzählt, er träume

mittlerweile sogar auf Deutsch. Für ihn war der Start in der Schule einfacher als für seine älteren Geschwister, weil er bereits deutsch sprechen konnte, als er eingeschult wurde. „Ich war am Anfang der einzige Flüchtling in der Klasse, und meine Mitschüler haben zum Teil auch noch platt gesprochen – das war hart“, erinnert sich dagegen Jawad. Die Schule habe aber viel Unterstützung geboten. Inzwischen ist er angekommen, nicht nur in der Sprache, sondern auch im Ort: Zusammen mit seinem Bruder Najib sei er sogar Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, erzählt er stolz.

Für Familien mit kleinen Kindern sei das Ankommen am einfachsten, so die Erfahrung der Brandaus. Schwierig sei es für Jugendliche und junge Erwachsene, die den Bruch hautnah zu spüren bekommen und zunächst ohne Perspektive seien. Die Sprache ist Dreh- und Angelpunkt, das spüren die Familien immer wieder. „Einige sind enttäuscht, weil sie aufgrund der Sprachprobleme hier längst nicht die Schullaufbahn nehmen können, die ihnen zu Hause offen gestanden hätte“, weiß Jawad. Er selbst schmiedet bereits Zukunftspläne: Er möchte Gesundheits- und Pflegeassistent werden.

Anke Brockmeyer



Anke Helm-Brandau (2. v. l.) und ihr Mann Reinhard Brandau (r.) haben die Patenschaft für die Familie Mohammadi übernommen.



Zukunftsweisende Entscheidung

Gemeindekirchenräte vereint für das Projekt Jugendkirche in Delmenhorst



Kreispfarrer Bertram Althausen: „Es war eine zukunftsweisende Entscheidung und überzeugend eindeutig.“



Katharina Baehr: „Für mich persönlich war es eine segensreiche Zeit, in der ich Dinge gelernt und getan habe, die ich mir vorher nie zugetraut hätte.“



Diakon Martin Küttemeyer: „Die Verantwortlichen des GKR bewiesen Weitsicht und Mut.“

„Eine zukunftsweisende Entscheidung und überzeugend eindeutig, die Idee der Jugendkirche wurde nie in Frage gestellt“, betont Kreispfarrer Bertram Althausen. Einstimmig hatte der Gemeindekirchenrat (GKR) die Idee verfolgt, die Jugend in die St.-Paulus-Kapelle zu holen.

In der evangelischen Kirche an der Friesenstraße in Delmenhorst wurde im Dezember 2014 im letzten Gemeinde-Gottesdienst der Staffelstab an die Jugendkirche übergeben. „Die Verabschiedung unserer Gemeinde fiel uns nicht leicht“, erinnert sich Katharina Baehr, Vorsitzende des Gemeindekirchenrates St. Paulus. Doch sei der arbeitsintensive Prozess mit vielen Gesprächen sehr gut und die Einigung für alle Seiten zufriedenstellend verlaufen. „Für mich persönlich war es eine segensreiche Zeit, in der ich Dinge gelernt und getan habe, die ich mir vorher nie zugetraut hätte.“

Gebaut wurde die St.-Paulus-Kapelle in Delmenhorst im Jahr 1963, doch im Laufe der Zeit verringerten sich Mitgliederzahlen auf 3.000 und das Gemeindeleben war aufgrund der Entwicklung wenig aktiv. „Die Damen des GKR versuchten viele Jahre das Gemeindeleben zu aktivieren und zu fördern“, weiß Kreispfarrer Althausen. Katharina Baehr gehörte seit 2000 dem GKR St. Paulus an und übernahm 2014 den Vorsitz, als Pastor Hajo Meenen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr tätig war. Der GKR St. Paulus war intensiv mit Kreispfarrer Althausen und Diakon Martin Küttemeyer sowie den Gemeindekirchenräten der umliegenden Stadtkirche, Stephanus-Gemeinde, Emmaus-Kapelle Bungerhof und Hasberger Dorfkirche im Austausch.

Zukunftskonzept Jugendkirche

„Wir waren alle von dem Zukunftskonzept der Jugendkirche überzeugt. Das war für den GKR eine große und mutige Aufgabe. Sie ist uns gelungen, weil wir alle gemeinsam diesen Schritt umgesetzt ha-

ben“. Katharina Baehr ist glücklich, dass für alle Mitarbeitenden, Gruppen und Kirchenbesuchenden eine gute Lösung gefunden wurde.

Kreispfarrer Althausen erfuhr von der Idee der Jugendkirche nach seinem Amtsantritt im November 2013 und hat sich sofort begeistern lassen. „Es waren Veränderungen möglich, die vorher nicht vorstellbar waren.“ Im Juli 2014 fand nach dem Gottesdienst eine Informationsveranstaltung unter Beteiligung des Kreispfarrers, der Jugenddiakone und dem GKR statt. „Die Gemeinde stand der Jugendkirche offen gegenüber“, so Katharina Baehr. „Die Verantwortlichen bewiesen Weitsicht und Mut, als sie sich als erste Kirchengemeinde der oldenburgischen Kirche aufgelöst hatten“, sagt Martin Küttemeyer. Er setzte sich bereits seit 2005 für eine Jugendkirche mit festem Raum ein, zuvor nutzen die Jugendlichen verschiedene Kirchenräume.

Leuchtturmprojekt

„Rückblickend war diese Idee eine zukunftsweisende Entscheidung und überzeugend eindeutig, die Idee der Jugendkirche wurde nie in Frage gestellt“, sagt der Kreispfarrer. Die Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg stimmte der Übernahme zu. Mit großer Mehrheit folgte im November 2015 die Bewilligung der Sanierung der Jugendkirche St. Paulus in Delmenhorst und die Zusage zur Übernahme der Betriebskosten. Mit der Sanierung wurde kürzlich begonnen, sie wird voraussichtlich im Februar 2018 abgeschlossen sein. Positiv wirkt auch ein gutes Startkapital, das der Gemeindekirchenrat nach Auflösung der Kirchengemeinde St. Paulus übergeben hat. Kreispfarrer Althausen ist überzeugt: „Die Jugendkirche ist ein Leuchtturmprojekt, eine neue Form von Kirche, die blüht und gedeiht.“ Für Diakon Küttemeyer steht fest: „Es ist schon jetzt unser Gebäude.“

Bärbel Romey



Konsequent und gesprächsbereit

In Osternburg setzt der Gemeindekirchenrat auf Fleisch aus artgerechter Tierhaltung

Als der Gemeindekirchenrat in Oldenburg Osternburg vor gut zehn Jahren beschloss, bei Gemeindefesten auf Fleisch und Eier aus artgerechter Tierhaltung zu setzen, erntete er massive Proteste aus der Landwirtschaft. „Es war ein heißes Eisen, das wir da angefasst hatten“, erinnert sich Pfarrer Holger Rauer, der den Beschluss mit umgesetzt hat. Dennoch hielt der Gemeindekirchenrat an der Zielrichtung fest. „Die Kirche muss als Wertebewahrer einen klaren Kurs fahren“, betont Dr. Hans-Heinrich Fiedler. Der Tierarzt im Ruhestand hatte damals den Antrag eingebracht. Schon seit der BSE-Krise zur Jahrtausendwende habe er genau beobachtet, ob und wie sich die Kirche zur Tierhaltung positioniere. „Als Tierarzt bin ich berufener Schützer der Tiere, und auch die Kirche hat die Verantwortung, hier genau hinzusehen“, erklärt er. Mit dem Beschluss ging die Arbeit aber erst richtig los. Was bedeutet eigentlich artgerechte Haltung? Wer kann uns beliefern? Wie und wo wird geschlachtet?

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Mitgeschöpflichkeit“ sahen sich Betriebe an, recherchierten Haltungs- und Schlachtungsbedingungen und fanden schließlich einen Hofladen, der Fleisch von „Bunten Bentheimern“ verkauft, einer Weideschweinerasse, die sich nicht für die Massentierhaltung eignet. Doch nach dem ersten Aufatmen ging's weiter: Auch die

Kindergärten der Kirchengemeinde sollten mit Fleisch aus artgerechter Tierhaltung beliefert werden. Das bedeutete, aus dem Stand mehrere hundert Mittagessen für die Kitas der Kirchengemeinde umzustellen. „Das konnte der Hofladen mit seinen Kapazitäten nicht leisten. Gemeinsam mit unserem Vertrags-Caterer haben wir einen anderen potenten Lieferanten gefunden“, erinnert sich Holger Rauer. Um den Elternbeitrag für das Kita-Mittagessen stabil halten zu können, gibt es jetzt seltener Fleisch – im Hinblick auf eine ausgewogene kindgemäße Ernährung keineswegs ein Nachteil. „Aber wir mussten diese Wege erstmal gemeinsam finden“, so Rauer.

„Wir haben uns angenähert“

Mittlerweile hat sich das System eingespielt, auch privat habe bei manchem Gemeindeglied ein Umdenken eingesetzt, was Herkunft und Preis von Fleisch betreffe, zieht der Pastor der größten Kirchengemeinde der oldenburgischen Kirche Bilanz. „Aber wir sind damals schon etwas naiv herangegangen, die Landwirte fühlten sich vor den Kopf gestoßen“, räumt er ein. In vielen intensiven Gesprächen habe man sich im Laufe der Zeit wieder angenähert. „Dabei stellte sich heraus: Das Problem für die Bauern in unserer Gemeinde war nicht, dass wir auf artgerechte Tierhaltung setzen, sondern dass sie sich von unserer Art

der Diskussion diffamiert gefühlt haben.“ Wie sehr die Landwirte wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt seien, sei vielen Beteiligten erst in den späteren Gesprächen klargeworden. „So einfach ist es für die Landwirte nicht umzustellen“, weiß Rauer heute. „Sie sind Teil eines Systems, das sich zum Teil verselbstständigt hat.“ Als Kirchengemeinde klar Flagge zu zeigen und dennoch im Gespräch auch mit den herkömmlich arbeitenden Landwirten zu bleiben, sei „ein Balanceakt, der mal mehr, mal weniger gut funktioniert.“

„Unser Beschluss steht“

Dass die oldenburgische Kirche den Weg der Osternburger nicht klar und offen mitgehe, sei für ihn eine große Enttäuschung, so Hans-Heinrich Fiedler. „Auf Vorträgen – auch außerhalb von Kirchengemeinden – weise ich immer wieder auf das Projekt hin. Und es hat auch durchaus Nachfragen von Nachbargemeinden gegeben, aber soweit ich weiß, hat es kaum eine bisher umgesetzt.“ Manchmal frage er sich, warum er diese ganze Arbeit überhaupt auf sich nehme, die sich oft als mühsam und ausgesprochen langwierig bis zur Umsetzung erweise. „Aber wenn man nicht dranbleibt, bewegt sich nichts“, findet er nach wie vor. Und auch Holger Rauer sagt: „Unser Beschluss steht.“

Anke Brockmeyer



Auch bei Gemeindefesten bringt die Männerkochgruppe der Kirchengemeinde Osternburg nur Fleisch aus artgerechter Tierhaltung auf den Tisch.



„Ich packe gerne mit an“

Seit 35 Jahren engagiert sich Hubert Helms aus Waddens im Gemeindekirchenrat



Zur Person

Geboren wurde Hubert Helms im Jahr 1951 in Augustgroden in der Gemeinde Stadland. 1976 zog er mit seiner Frau Frieda nach Waddens, nachdem er seine Bankkaufmannslehre in Seefeld abgeschlossen hatte. Die beiden bekamen zwei Kinder. 1982 kam die Wahl in den Gemeindekirchenrat, seit 1991 ist Hubert Helms dessen Vorsitzender. Bereits mit 63 Jahren konnte der Waddenser in die Rente übertreten und tat dies auch. So hat der Witwer, der heute mit einer neuen Partnerin in seinem Haus am Sieltiefsweg lebt, mehr Zeit für seine drei Enkel und seine Werkstatt. Zurzeit baut er das Spiel „4 gewinnt“ aus Holz. An seiner erst vor wenigen Tagen erworbenen Drechselbank hat Hubert Helms bereits erste Objekte gefertigt. Weitere sollen folgen. Neben der Fotografie beschäftigt sich Helms auch gern mit allen Dingen rund um die EDV, ganz wie in seinem Berufsleben auch.

Für ein besonderes Ehrenamt in der Kirchengemeinde fühlte sich Hubert Helms aus Waddens in Butjadingen/Landkreis Wesermarsch berufen. Seit 35 Jahren engagiert sich der mittlerweile im Rentenalter angekommene 66-Jährige im Gemeindekirchenrat in der Kirchengemeinde Waddens. 1982 wurde er mit 31 Jahren in den Kirchenrat gewählt. Da sein damaliger Chef ebenfalls schon dort aktiv war, hatte man den Bankkaufmann Hubert Helms kurzerhand auch gefragt, ob er Lust zur Mitarbeit in der Kirchengemeinde habe. Er kannte die Menschen durch seine Arbeit in der ortsansässigen Bank sehr gut und hatte guten Kontakt zu ihnen. So sagte Hubert Helms ja und wurde auch prompt gewählt. Die Kundinnen und Kunden kannten und vertrauten ihm. Auch seine damalige Frau Frieda Helms engagierte sich und arbeitete seit 1982 als Küsterin.

Nach dem Tode seines Chefs 1991 überlegte Hubert Helms nicht lange, als ein Nachfolger gesucht wurde, und ließ sich zum Vorsitzenden des Gemeindekirchenrates wählen. Mit vier weiteren Mitstreitern plus dem Pastor führt er seit nunmehr 22 Jahren die Geschicke der Kirchengemeinde rund um die kleine St.-Marcellinus und Petrus-Kirche. Sie trägt das Symbol für eine „verlässlich geöffnete Kirche“. Von Ostern bis Erntedank ist sie nicht nur sonntags zu den Gottesdiensten, sondern auch während der Woche täglich von 10 bis etwa 18 Uhr für Besucherinnen und Besucher geöffnet. Hubert Helms trägt seinen Kirchenschlüssel immer bei sich.

Mit anpacken, wo es nötig ist

„Mich interessiert vor allem die Verwaltung der Kirchengemeinde“, gesteht der Vorsitzende heute. Immerhin seien 62 Hektar Land zu betreuen. Er kümmere sich um die Pachtverträge und eventuelle Wechsel bei den Pächtern. Aber das ist nicht das Einzige, was Hubert Helms an alltäglichen Aufgaben erledigt. Kürz-

lich wurde das Pfarrhaus renoviert und er kümmerte sich um die Handwerker, beaufsichtigte die Arbeiten und suchte später nach einem neuen Mieter. Auch der Friedhof habe es ihm angetan und liege ihm am Herzen, erklärt Hubert Helms und fügt an: „Ich packe gerne mit an, wenn es nötig ist. Türen streichen, die Arbeiten an Handwerker vergeben, die Rechnungen kontrollieren und anweisen – das mache ich gern.“

Auch als Fotograf aktiv

Hubert Helms betreut auch die Homepage der Kirche, wobei er vor allem die anstehenden Termine veröffentlicht. Bei Konfirmationen wirkt er außerdem als Fotograf, der die Konfirmandinnen und Konfirmanden an ihrem Ehrentag ablichtet. „Das mach ich gratis“, betont der Rentner, der die Fotografie zu seinem Hobby gemacht hat.

Zwar nicht direkt neben der Kirche, aber ebenfalls unter der Regie der Kirchengemeinde steht ein rund einen Hektar großes Grundstück an der Hauptstraße in Waddens. Der Pastorei-garten wurde von den Bürgern „Garten Eden“ getauft und zeigt ihre Verbundenheit mit diesem idyllischen Fleckchen Erde. Ein Pächter betreibt den Garten, erntet Honig oder Obst und kümmert sich um die Pflanzen. Der Kindergarten hat hier seinen kleinen Gemüsegarten angelegt. Hier organisieren Kirchengemeinde und Dorfgemeinschaft auch jährliche Sommerfeste oder herbstliche Staudenmärkte. Gottesdienste wurden ebenfalls dort abgehalten. Zu regelmäßigen Säuberungsaktionen in dem idyllischen Garten im Frühjahr und Herbst kommen auch Hubert Helms und seine Mitstreiter aus der Kirchengemeinde. Dann werden Sträucher beschnitten, Blätter aufgesammelt und kleinere Reparaturarbeiten durchgeführt, die Hubert Helms gerne beaufsichtigt.

Beatrix Schulte

Ich gehe zur Wahl ...

Politikerinnen und Politiker aus dem Raum der oldenburgischen Kirche begründen ihre Teilnahme an der Gemeindegewahl



„Ich gehe zur Gemeindegewahl, weil eine Gemeinschaft von Mitbestimmung lebt. Mit unserer Wahl können wir gemeinsam entscheiden, was uns wichtig ist. Doch das Wahlrecht zu besitzen und eine wirkliche Wahl zu haben, hängt davon ab, wer sich zur Wahl stellt. Insofern danke ich den vielen Kandidatinnen und Kandidaten für das wichtige Ehrenamt in den Gemeinden!“
Stephan Albani (CDU), MdB



„Ich gehe zur Gemeindegewahl, weil Kirche vom Mitmachen lebt. Bei der Gemeindegewahl können die Mitglieder unserer Kirche ihren Vorstellungen und Wünschen Ausdruck verleihen. Das gewährleistet, dass sich Kirche als Organisation und Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen nicht auseinanderleben.“
Christian Dürr (FDP), MdL



„Ich gehe zur Gemeindegewahl, weil die Kirchengemeinden eine wichtige soziale Funktion in unserer modernen Gesellschaft ausüben. Die Rolle der Kirche wird in wesentlichen gesellschaftlichen Fragestellungen zunehmend wichtig. Dazu können gerade die Gemeindegewahlmitglieder erheblich beitragen. Eine lebendige Mitwirkung halte ich deswegen für sehr sinnvoll.“
Minister Olaf Lies (SPD), MdL



„Ich gehe (als Katholik) zur Pfarrgemeinderatswahl, weil Kirche wie jede Gemeinschaft vom Mitmachen lebt. Eine lebendige Kirche kann gerade in gesellschaftlich verunsichernden Zeiten Orientierung geben und Menschen über biographische Herkunft und auch Parteigrenzen hinweg verbinden – aber eben nur, wenn ihre Mitglieder sich einbringen.“
Peter Meiwald (Bündnis90/Die Grünen), MdB

MITMIR



„Gemeinsam über das entscheiden, was uns wichtig ist: Das ist der Kern gelebter Demokratie. Diskutieren und Optionen abzuwägen, ist die Grundlage meiner Arbeit im Bundestag – und auch der Mitbestimmung in den Kirchengemeinden vor Ort. Deswegen ermutige ich jede und jeden, sich an der Gemeindegewahl zu beteiligen und so Zukunft mitzugestalten.“
Dennis Rohde (SPD), MdB



„Ich gehe zur Gemeindegewahl, weil ich mich meiner Gemeinde zugehörig fühle und dies auch klar nach außen zeigen möchte. Gerade in der heutigen Zeit wird es mir immer wichtiger, meinen Glauben selbstbewusst zu bekennen. Das gehört für mich elementar zur freien Religionsausübung dazu; denn ich nehme auf diese Weise Einfluss darauf, wer in den kommenden sechs Jahren – gemeinsam mit anderen – im Rat Verantwortung für die Kirchengemeinde, das Gemeindeleben und deren Weiterentwicklung übernehmen wird.“
Barbara Woltmann (CDU), MdB



„Ich gehe zur Gemeindegewahl, weil ich auf diese Weise Einfluss auf die Gestaltung der Belange meiner Kirchengemeinde nehmen kann.“
Björn Thümler (CDU), MdL



KIRCHEMITMIR.^{DE}

wo zwei oder drei

Bei der Diakonie verbringen viele ihren Lebensabend in Gemeinschaft.

Rufen Sie uns an:
0441-2100111



Diakonie 

Da sind Sie Zuhause.

Die evangelischen Altenheime
und Seniorenzentren

www.olderburger-senioren.de

Satt ist gut. Saatgut ist besser.

Wer sich selbst ernähren kann,
führt ein Leben in Würde.
brot-fuer-die-welt.de/saatgut
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.